Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1065 48 Fritz Kroß, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, den 13. Oktober 1925** | **5. Jahrgang • Nr. 226**

Die Kriegsfront gegen Sowjet-Rußland immer deutlicher

Für halbe und ungewisse Zugeständnisse in der Militär- und Kolonialfrage wird Deutschland zum Landsknecht der Entente

Nach dem Durchmarsch-Artikel 16 der „Ostpakt" an der Reihe

(Eig. Meld.) **Locarno**, 12. Oktober.

Ueber die Montags-Verhandlungen der Staatsmänner in Locarno hat die deutsche Delegation ein Kommunique ausgegeben, das sich in dem aufschlußreichen Satze zusammenfaßt: Es habe sich „ein Fortschritt der gemeinsamen Arbeiten in der Richtung einer befriedigenden Lösung" ergeben. Im Mittelpunkt der Geheimverhandlungen steht nach wie vor der **Artikel 16**, durch den Deutschland — einmal Mitglied des Völkerbundes — **zur aktiven und passiven Teilnahme an den von England und Frankreich kommandierten gemeinsamen Kriegen gegen einen „Störenfried"** (praktisch: Sowjet-Rußland) gezwungen werden soll. Nach den Meldungen vom Montagabend scheint der zweite Hauptpunkt, der „Ostpakt", und damit die östlichen Agenten des imperialistischen Frankreich, der polnische Außenminister Skrzynski und der tschechische Außenminister Benesch, einigermaßen in den Vordergrund zu rücken.

Man muß im Zusammenhang damit an den Artikel 5 des durch die italienische „Epoca" kürzlich veröffentlichten, im Wortlaut immer noch geheim gehaltenen „Juristententwurfs" erinnern, der für Locarno die Verhandlungsbasis bildet. Dieser Artikel bestimmt: So wie der Ostpakt, d. h. die deutsch-polnisch-tschechischen Verträge verletzt werden und die verletzende Macht (gemeint ist Deutschland — dafür „garantiert" das französisch-polnisch-tschechische Militärbündnis), wird die durch den Westpakt „vor Krieg gesicherte" Rheinlandzone nicht mehr als unverletzlich garantiert, sondern **der französische Imperialismus hat die volle Handlungsfreiheit**, wie bei einem direkten deutschen Angriff.

Alle vorliegenden Meldungen konstatieren, daß **mit Bezug auf den Kriegs- und Durchmarsch-Artikel 16 ein sehr weitgehendes Einverständnis zwischen Luther-Stresemann und den Ententevertretern bereits erreicht** sei. Das scheint sich durch die Tatsache zu bestätigen, daß, wie gesagt, jetzt der Ostpakt an die Reihe kommt. Jetzt muß man auch daran erinnern, daß die deutsche Regierung samt den Deutschnationalen seit Monaten **über die Briandsche Entwaffnungsnote das bezeichnendste Stillschweigen bewahren** und daß andererseits immer wieder die englische und französische Bereitschaft angedeutet worden ist, **der Organisierung deutscher Polizei- und Militärkräfte weiteren Spielraum zu gewähren**, weiter eventuell wieder Kolonien abzutreten usw. Größere militärische Macht bedeutet für unsere Ausbeuterklasse, größere politische Macht im imperialistischen Weltsystem, und das gilt erst recht für ein bürgerliches Deutschland, das die Rolle des Landsknechts spielen soll und will. Dasselbe gilt von den kolonialen Beutestücken, nach denen unseren Herren Bourgeois so das Wasser im Maule zusammenläuft, daß sie dafür ihre Seele dem Teufel verkaufen würden.

•

(Eig. Drahtm.) **Locarno**, 13. Oktober.

Die **Einigung über den Artikel 16 ist bereits erfolgt**, und zwar dergestalt, daß Deutschland zugesichert wird, es brauche sich an militärische Sanktionen der Völkerbundssache, **solange seine militärische Situation so ist wie augenblicklich, überhaupt** nicht zu beteiligen.

Die Beteiligung an **wirtschaftlichen Maßnahmen**, die der Völkerbund als gut befinden sollte, wird von der Prüfung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands im Augenblick der Verfügung solcher Maßnahmen abhängen. Besonders noch zu vereinbarende Instanzen würden im gegebenen Augenblick über den Umfang der deutschen Verpflichtungen zur Mitwirkung an wirtschaftlichen Sanktionen entscheiden müssen.

Der Pakt soll in **einigen Tagen fertiggestellt** werden. Das weitere soll dann in einem **geheimen** Notenwechsel zwischen Deutschland und dem Völkerbund geregelt werden. Obwohl der Westpakt nicht in Kraft treten soll, bevor Deutschland noch nicht formell dem Völkerbund angeschlossen ist, hofft die deutsche Delegation, nachdem Amerika entsprechend informiert ist, **neue Kredite von Amerika zu erhalten.**

Ein Mitglied der deutschen Delegation ist nach Berlin unterwegs, **um dem „Retter" Bericht zu erstatten.**

Viktor Schiff, der Berichterstatter des „Vorwärts", sieht **alles in voller Eintracht** und erklärt: „Die bisherige Verzögerung der Entscheidung kam nur wegen sprachlicher Schwierigkeiten. Sogenannte „Nebenfragen", d. h. **Räumung der Kölner Zone** usw. wären **jetzt erledigt.**" Die demokratische und sozialdemokratische Presse ist höchst befriedigt über jedes freundliche Wort Briands.

Was wird aus dem Reichsbanner?

Halle, 13. Oktober.

Kurz nach der Reichspräsidentenwahl, als im Preußischen Landtag zu einer Anfrage über das Reichsbanner der sozialdemokratische Innenminister Severing das Wort ergriff und den politisch noch wenig geklärten und den Reichsbannerkreisen vollends unverständlichen Ausspruch tat: **„die historische Aufgabe des Reichsbanners ist erledigt"**, ahnten wohl nur wenige, welche Bedeutung diesem eigenartigen Ausspruch beizumessen war. Inzwischen sind Monate vergangen, ohne daß Herr Severing seine merkliche Abkühlung gegenüber dem Reichsbanner — es handelte sich damals um eine Anfrage der beiden Reichsparteien, bei der Herr Severing alles andere getan hat, als sein Reichsbanner in Schutz zu nehmen — in die Tat umgesetzt hätte. Im Gegenteil, Herr Severing arbeitet im „historisch erledigten" Reichsbanner weiter mit, intensiver sogar als bisher, so daß man zu der Meinung gelangen kann, dieser eigenartige Ausspruch, diese kühle Schulter gegen das Reichsbanner damals im Landtag, sei nichts anderes gewesen, als eine politische Redewendung, mit dem ausgesprochenen Zweck einer freundlichen Geste gegenüber der Deutschen Volkspartei, um zur Konsolidierung des damals besonders schwankenden Kabinetts Braun-Severing zu gelangen.

Inzwischen sind die Dinge schon viel weiter gediehen. Vor etwa zwei Monaten fand in Gelsenkirchen eine Kundgebung des Reichsbaners statt. Dort sprach Herr Severing. Er führte nach der bürgerlich-pazifistischen Zeitung „Die Menschheit" folgendes wörtlich aus:

„Ich bin kein Pazifist. Ich habe noch niemals das Wort ausgesprochen: Nie wieder Krieg. Und ich kann mir sehr wohl denken, daß wir einmal gezwungen sein können, deutsche Kultur, deutschen Geist und deutsche Sitte gegen einen friedlosen Nachbar zu verteidigen."

Einige Zeit später, als die Franzosen wichtige Teile des Ruhrgebietes geräumt hatten und Herr Hindenburg ins besetzte Gebiet reiste, um die Ovationen der „Bevölkerung" entgegenzunehmen, **defilierte neben den vaterländischen Verbänden auch das Reichsbanner des Ruhrgebietes an Herrn Hindenburg vorbei** — ein Defilieren, das z. B. bei der Krönung Hindenburgs zum Reichspräsidenten vor einem halben Jahr von Herrn Höfsing noch abgelehnt worden war.

Wieder kurze Zeit darauf — etwa vor vierzehn Tagen —, bei einer Reichsbannerkundgebung in Altona, hielt Herr Severing ebenfalls eine Ansprache, aus der wir zwei Stellen zitieren möchten, um den Charakter der Severingschen Rede wiederzugeben, die sich vollkommen mit dem deckt, was der sozialdemokratische Innenminister in Gelsenkirchen sagte. Nach dem „Berliner Tageblatt" äußerte sich Herr Severing in öffentlicher Rede auf dieser Altonaer Kundgebung des Reichsbanners folgendermaßen:

„Das Reichsbanner ist ein großer Friedensbund, der aber auch kämpfen könne, wenn die Not zwinge, das Vaterland vor seinem inneren (!) und äußeren Feind zu schützen."

Dieselbe Rede hatte auch noch andere interessante Stellen, die ungefähr dasselbe sagen. Das „Hamburger Fremdenblatt" (rechtsdemokratisch) gab folgendes Zitat aus dieser Severingschen Rede wieder: „Auseinandersetzen müsse er sich aber auch mit denen, die immer reden: „Nie wieder Krieg!" So lange unsere vielen Feinde uns waffenstarrend bedrohen, und wir entwaffnet und ohne Macht sind, ist diese Rede unangebracht."

Besonders bemerkenswert bei dieser Reichsbannerkundgebung in Altona war die Tatsache, daß dieser Reichsbannertag nicht mehr als Reichsbannertag, sondern als **Deutscher Tag in Altona** bezeichnet wurde.

Wir glauben, daß die vorhin gebrachten Zitate aus beiden Reden und dazu die vorhin aufgezeigten Tatsachen genügen, den „neuen Wind" oder die **„neue Politik im Reichsbanner"** zu charakterisieren. Wenn man diese Zitate und Tatsachen zusammennimmt, so muß man zweifellos feststellen:

Herrn Severings Politik im Reichsbanner geht zweifellos dahin, **ideologische Widerstände, die noch zwischen dem Reichsbanner als Organisation und den vaterländischen Verbänden bestehen, zu beseitigen.** Zu diesem Zweck wird das Reichsbanner **erstens als historisch erledigt betrachtet, zweitens wird die pazifistische Ideologie abgelehnt, drittens läßt man seine früher geäußerten Bedenken gegen eine Demonstration für Hindenburg fallen, viertens wird dem Reichsbanner ein frischfröhlicher Krieg nach außen oder innen in Aussicht gestellt und fünftens werden, um auch der Form nach sich den vaterländischen Verbänden anzugleichen, aus Reichsbannertagen — Deutsche Tage.**

Das ist die neue Politik Severings im Reichsbanner, die **nicht ohne Echo bei den vaterländischen Verbänden geblieben** ist. Schon seit einiger Zeit werfen sich die verschiedenen vaterländischen Verbände gegenseitig eine allzu starke Sympathie für das Reichsbanner vor. Besonders bekannt sind diese gegenseitigen Vorwürfe zwischen **Stahlhelm und Jungdeutschem Orden.**

Das Charakteristischste aber, was in der letzten Zeit zu diesem Thema von seiten der vaterländischen Verbände geschrieben worden ist, ist zweifellos ein höchst bemerkenswerter Artikel, den die „Germania", das Hauptorgan des Zentrums, unter der Ueberschrift **„Vaterländische Verbände, Reichsbanner und Republik"** am Sonnabend, dem 10. Oktober, veröffentlicht hat. Dieser Aufsatz, den die

Feige Vertuschungspolitik der Deutschnationalen

Die deutschnationale Kreistagung von Halle zu Locarno

Den Deutschnationalen geht es sehr schlecht. Schon vor einigen Tagen haben sie mit einer von ihnen einberufenen Beamtenversammlung in Halle einen gewaltigen Reinfall erleben müssen. Die Beamten hatten von der deutschnationalen Demagogie, wie man so sagt, die Nase voll. Nur ganz wenige „Aufrechte" waren erschienen. **Die Ablehnung der berchtigten Gehaltsforderungen der Beamten, die Zollpolitik, die besonders auch den Konsumentengruppen der Beamten die Lebensmittel verteuert, der Betrug an den Sparern und Rentnern, die noch immer nicht abgeschlossenen Beamtenentlassungen,** — kurzum, die gesamte ganz offen gegen die Beamten gerichtete Politik, **für die die deutschnationale Luther-Regierung und der „Retter" Hindenburg voll verantwortlich sind,** haben breiteren Kreisen der Angestellten und Beamten, die bis jetzt an die deutschnationale Demagogie geglaubt haben, die Augen geöffnet.

Und auch der **deutschnationale Kreisparteitag von Halle**, der am letzten Sonntag zusammengetreten ist, war eine merkliche Pleite. Die „Hallesche Zeitung" selbst muß folgendes gestehen: „Die Ungunst der Verhältnisse mag daran schuld gewesen sein, daß die hochinteressanten Vorträge, welche das Programm benannte, nicht eine entsprechende Hörerzahl vereinte."

Diese belämmerte Stimmung, die sich in dem so geringen Besuch ausdrückte, gab der ganzen Veranstaltung das Gepräge, auch wenn sich die „Halleschen Zeitung" so viel Mühe gibt, die Bedeutung dieses deutschnationalen Kreisparteitages mit schwulstigen Phrasen künstlich zu heben.

Der Reichstagsabgeordnete Hemeter verteidigte die dem werktätigen Volke das Brot verteuernden Schutzzölle. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Gerecke versuchte vergeblich die Deutschnationale Volkspartei von dem Vorwurf, sie hätte ihre **Wahlversprechungen nicht eingehalten**, reinzuwaschen. Er entschuldigte sich damit, daß es eben noch keine rein deutschnationale Regierung gäbe, sondern immer noch eine Koalitionsregierung, er vergaß nur hinzuzufügen, „in der die Deutschnationalen den entscheidenden Einfluß haben". Auch die Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Schiele, Naumburg, waren nichts anderes, als Beschwörungen an die deutschnationalen Wähler, ja nicht die Front zu verlassen. Wenn sich auch nicht alle Hoffnungen erfüllt hätten, so müßte man eben **Marschdisziplin und Feuerdisziplin halten.**

Das Lächerlichste und Schamloseste aber der Veranstaltung war das, was über **Locarno** gesagt bzw. nicht gesagt worden ist. Wir zitieren wörtlich nach der „Halleschen Zeitung":

„Wie wird der Ausgang in Locarno sein? Wenn die Ententemächte sehen, daß die deutsche Front nicht zu sprengen ist, so werden sie an einen Rückzug denken und die Konferenz wird mit einigen höflichen Worten und mit einem unverbindlichen Stück Papier enden, wie das Hornberger Schießen. So wird dann der deutsche Erfolg aussehen — wieder eine Gelegenheit für manche Politiker, die abseitsstehen, zu poltern und zu höhnen —, aber das soll uns nicht irremachen daran, daß ein wichtiger Erfolg erreicht ist.

Wer wird aus diesem Kauderwelsch klug? Und es soll ja auch keiner klug daraus werden! Herr Dr. Schiele hat ja mit Absicht so **rätselhaft** gesprochen. Er konnte doch etwa nicht zugeben, daß zu **derselben Stunde, wo er diese „weisheitsvollen" Worte von sich gab, der deutschnationale Luther in Locarno bereits den Pakt unterzeichnet hat, der den Ententeheeren das freie Durchmarschrecht durch Deutschland gibt, d. h. noch über den von den deutschnationalen so geschmähten Versailler Vertrag hinausgegangen ist.**

Wie lange noch werden die kleinbürgerlichen Massen und die Proletarier, die sich zu den Deutschnationalen verlaufen haben, diesen **grandiosen Schwindel** mitmachen?

Ein echt deutschnationaler Eiertanz um Locarno herum

„Die Wahrheit, die den Massen nicht angenehm ist"

Stettin, 12. Oktober. Am Sonnabend sprach der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schlange-Schöningen über die gegenwärtige Lage und erklärte, die Verhandlungen in Locarno hätten bewiesen, daß die deutsche Regierung dem Feindbund gegenüber eine entschlossene Sprache (?) zu führen gelernt habe. Wenn die Deutschnationale Volkspartei, auf deren Einfluß diese Besserung zurückzuführen sei, jetzt aus der Regierung herausgehen würde, bliebe nur die Möglichkeit **einer mehr oder weniger von der Sozialdemokratie beeinflußten Regierung offen.** Eine solche Regierung würde aber alle Anfänge des Wiederaufbaues zerstören ... Nicht in kurzen Begeisterungstaumeln, sondern in zäher und steter Arbeit könne der Wiederaufbau des Vaterlandes erreicht werden. Zum Schluß forderte Schlange-Schöningen von den politischen Führern der nationalen Bewegung mehr Mut zur Wahrheit, auch wenn diese **Wahrheit den Massen nicht angenehm (!) sei.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251013-12/fragment/page=0001

„Germania" als Leitartikel bringt, ist, wie es in der Vorbemerkung dieses Artikels heißt, **„von einem führenden Mitglied der vaterländischen Verbände geschrieben** worden. In diesem Artikel bespricht der Verfasser zuerst, in welchem Umfange schon die politischen Widerstände zwischen dem Reichsbanner und den vaterländischen Verbänden durch die Entwicklung der letzten Zeit weggeräumt worden sind. Er geht aus von den außenpolitischen Ereignissen, von der Annahme des Dawes-Gutachtens durch die Deutschnationalen und schildert die Wirkung dieser Annahme auf die vaterländischen Verbände. Er schließt diesen außenpolitischen Abschnitt mit dem Satz:

„So kam es, daß die Rechtsverbände eines Tages eine hauptsächlich von deutschnationalen Ministern beeinflußte Rechtsregierung das tun sahen, was ihnen jahrelang als volks- und vaterlandsfeindlich bezeichnet worden war, eine Rechtsregierung konsequent das fortführen sahen, was die niedergeschossenen Erzberger und Rathenau, was Wirth angebahnt und vorbereitet hatten, daß die Rechtsverbände eines Tages feststellen mußten, daß keine Regierung vor dem Kabinett Luther eine so radikale Erfüllungspolitik getrieben hat, als die jetzige von den Deutschnationalen beherrschte."

Ueber die Frage der Monarchie oder Republik äußert sich der Verfasser folgendermaßen:

„Seit dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung der Republik und seit der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten ist die **monarchische Frage für die Führer der Rechtsverbände als erledigt** anzusehen."

Zusammengefaßt also sieht man, wie einerseits von seiten des Reichsbanners, besonders durch Herrn Severing, andererseits von seiten der vaterländischen Verbände mit aller Macht darauf zugesteuert wird, **sich politisch und ideologisch anzugleichen.**

Diese politische und ideologische Angleichung von beiden Seiten trägt natürlich auch ihre Konsequenz in sich. Der Verfasser des vorhin zitierten Artikels aus der „Germania" schließt dann auch tatsächlich seine Ausführungen mit folgenden eindeutigen Sätzen:

„So ist tatsächlich der hauptsächlichste und wichtigste Unterschied zwischen den sogenannten nationalen Verbänden und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold durch die Entwicklung der politischen Verhältnisse weggefallen. Es ist bekannt, daß sich die ehrlichen Männer von rechts gegenüber den Hetzern in ihren Reihen in der Frage der Anerkennung des Reichsbanners als gleichberechtigte Organisation immer mehr mit Erfolg durchsetzen, ja, daß in gewissen Rechtskreisen irgendeine Kartellierung mit dem Reichsbanner lebhaft diskutiert wird. So bleibt zu sagen, daß für die Ehrlichen aus dem rechten und dem linken Lager jetzt ein Zeitpunkt gekommen ist, wo eine für Deutschlands Zukunft folgenschwere Entscheidung getroffen werden kann. Werden die Männer aus beiden Lagern sich zusammenfinden, die um Volk und Vaterland willen sich die Hände reichen, um Großdeutschland aufzubauen — Großdeutschland, das sicherlich nur auf republikanischer Grundlage zu ermöglichen ist? Innenpolitische und parteipolitische Gegensätze aber wird die deutsche Jugend ohne große Schwierigkeiten überbrücken, hat doch die Jugend von rechts und links das gemeinsame Ziel vor Augen: Die Schaffung einer großdeutschen Volksgemeinschaft."

Dies Zitat sagt mehr als genug. Es erhellt blitzartig den Sinn der neuen Politik im Reichsbanner und läßt jenes damals politisch noch nicht eindeutige Wort von dem **„historisch erledigten Reichsbanner"** ganz klar und deutlich werden. **Reichsbanner und vaterländische Verbände sollen zu einer höheren Einheit zusammen verschmolzen, beide Teile sollen liquidiert werden, um in der „großen Volksgemeinschaft" aufzugehen.** Das ist die Politik, die augenblicklich im Reichsbanner und in den vaterländischen Verbänden betrieben wird!

Die **proletarischen Elemente im Reichsbanner** müssen diese Dinge genau verfolgen, um zu ihnen Stellung zu nehmen. Diese Politik wird alle proletarischen Elemente im Reichsbanner zu einer **klaren Entscheidung** zwingen, und *wir wissen, daß in dem gleichen Maße,* wie eine Annäherung zwischen vaterländischen Verbänden und Reichsbanner erfolgt, **eine Annäherung zwischen Rotem Frontkämpfer-Bund und den proletarischen Elementen im Reichsbanner vor sich gehen muß.** Die Parole des Roten Frontkämpfer-Bundes: **„Sammlung aller proletarischen Elemente in einer geschlossenen roten Front"**, erweist sich nicht nur als historisch richtig, sondern wird auch auf Grund der vorhin aufgezeigten Politik des Reichsbanners und der vaterländischen Verbände überaus lebendig. Der Rote Frontkämpfer-Bund wird dieser Entwicklung Rechnung tragen und mehr noch als bisher allen jenen **proletarischen Mitgliedern** des Reichsbanners, in denen noch ein Funken der Klassensolidarität vorhanden ist, entgegenkommen, damit als Bollwerk gegen den bürgerlichen Großblock der Volksgemeinschaft die **breite rote Klassenfront des gesamten Proletariats aufgerichtet wird.**

Der 24stündige französische Proteststreik gegen den Marokkokrieg

(Eig. Drahtm.) **Paris, 12. Oktober.**

Ein 24stündiger Generalstreik wegen des Marokkokrieges ist hier fast vollständig durchgeführt. Die gesamte Metallindustrie ruht vollständig. Die Bauarbeiter nahmen zum größten Teil am Streik teil. Die Wasser-, Kraft- und Elektrizitätswerke waren seit Sonnabend militärisch besetzt. Matrosen und Soldaten wurden zur Aufrechterhaltung des Verkehrs zur Verfügung gestellt. Die Regierung hat einen Befehl herausgegeben, **sämtliches Propagandamaterial zu beschlagnahmen.** Daraufhin fanden sogenannte **Haussuchungen** in der „l'Humanité" und **„La Vricouvrière" statt. Es wurden die Ausgaben vom 9. Oktober beschlagnahmt, in welchen auf das Signal des Zentralaktionsausschusses für den 24stündigen Generalstreik aufmerksam gemacht wird. Trotz der Beschlagnahme streikten auch in der Provinz über 10 000 Arbeiter. In vielen Städten wurde das Militär** zusammengezogen und ging gegen die Bevölkerung vor. **Ein Arbeiter wurde getötet. Viele Arbeiter wurden durch die Polizei verwundet. Auch der Genosse Dorriot wurde schwer verwundet.** Die Genossen **Cachin und Dorriot** wurden zu **insgesamt 13 Monaten Gefängnis verurteilt.**

Tagung des Reichsbanner-Reichsausschusses in Berlin

Hörsing: Hindenburg ist kein Zankapfel für uns, wir werden ihm die Achtung nicht versagen!

Berlin, 12. Oktober. Gestern fand in Berlin die Sitzung des Reichsausschusses des Reichsbanners statt. Anwesend waren **Koch, Landsberg, Radbruch, Theodor Wolff, Dittmann, Stelling, Scheidemann u. a. hohe und höchste** schwarzrotgoldene Persönlichkeiten. Hörsing führte in seinem Referat u. a. aus, daß die Organisation des Bundes reibungslos lief, solange die Reichsregierung mit Republikanern besetzt war, daß aber die Führung des Reichsbanners eine **politische Kunst** geworden ist, seit im Reichskabinett Männer sitzen, die nicht ausgesprochene Republikaner, eher das Gegenteil sind. „Im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl haben wir Schulter an Schulter mit den republikanischen Parteien unsere volle Pflicht getan. Dann hätten wir gern den Reichspräsidenten nach seiner Vereidigung auf die Verfassung empfangen und begrüßt. Aber aus innenpolitischen und außenpolitischen Gründen war es für unseren Bund untragbar, in Reih und Glied zu stehen mit den schwarzweißroten Fahnen, die heute doch nur die Parteifahnen der Monarchisten sind... Niemand von uns wird jemals die Rohheit an den Tag legen, die unsere Gegner von Rechts und Links dem verstorbenen Reichspräsidenten gegnüber zeigten. **Reichspräsident von Hindenburg ist kein Zankapfel für uns, auch keine umstrittene Persönlichkeit, solange er im Sinne und Geiste der Reichsverfassung sein hohes Amt ausübt. Wir werden ihm die Achtung, die dem Reichspräsidenten gebührt, entgegenbringen.** Unsere Kameraden in Bochum haben, als der Reichspräsident der Stadt einen Besuch abstattete, **ihn freundlichst begrüßt.** Wenn es in den anderen rheinischen Städten nicht geschah, so nur deshalb, weil der Reichspräsident in Essen usw. zu einer Zeit ankam, wo die erdrückende Mehrheit unserer Kameraden in Arbeit (!) war und demzufolge sich nicht beteiligen (!) konnte. Unser Bund wird in Zukunft überall dort, wo der Reichspräsident erscheint, und wo unsere Beteiligung irgendmöglich ist, stets auf dem Plane sein, dem Reichspräsidenten zu zeigen, daß die Republikaner und nicht die anderen die Mehrheit haben, und daß wir **mit den Farben der Republik ihm die Achtung, die ihm gebührt, entgegenbringen."**

Das klingt besonders gut, wenn **am gleichen Tage derselbe Reichspräsident**, *wie wir gestern berichten konnten,* sich **an einer offen monarchistischen Feier in Berlin beteiligt.**

Hörsing entdeckte aber zu gleicher Zeit, daß in Deutschland Klassenjustiz geübt wird, allerdings auch nur deshalb, weil Reichsbannerleute verurteilt wurden. Der Mann, der als Oberpräsident den mitteldeutschen Aufstand im März 1921 provozierte, erklärte: „Wenn wir früher nur erklärten, zu dieser Justiz kein Vertrauen zu haben, so müssen wir jetzt alle anständigen und denkenden Menschen in Deutschland um Schutz und Hilfe gegen diese Justiz anrufen. Trotz allem möchte ich unseren Kameraden im ganzen Lande wieder zurufen: Behaltet ruhiges Blut, laßt Euch nicht provozieren!"

Proletarische Abwehr gegen den Reichs-Kriegertag

Leipzig. Belegschaftsversammlung Leipziger Straßenbahner nahm Resolution gegen Reichs-Kriegertag an, in der es heißt: „Das Leipziger Gewerkschaftskartell muß sich sofort mit allen politischen Parteien, KPD. und SPD. in Verbindung setzen und gemeinsame Abwehrschritte der Gesamtarbeiterschaft in die Wege leiten.

Gegen Schieles Reichsschulgesetzentwurf

(Eig. Drahtm.) **Bochum, 13. Oktober.**

Eine Protestversammlung der westfälischen Lehrervereinigung, die am 10. Oktober in Bochum stattfand und von mehr als Tausend Lehrern und Lehrerinnen aus dem westfälischen Industriegebiet besucht war, nahm einstimmig eine Entschließung an, die gegen den Reichsschulgesetzentwurf als verfassungswidrig den schärfsten Einspruch erhebt.

*

Stettin. Der Pommersche Provinziallehrerverein lehnte einstimmig „mit tiefster Empörung" den Reichsschulgesetzentwurf Schieles ab.

Einberufung des Rechtsausschusses des Reichstags verlangt

Protestaktion der kommunistischen Reichstagsfraktion zum Justizskandal

Berlin, 12. Oktober. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat beim Vorsitzenden des Rechtsausschusses und beim Präsidenten des Reichstags die schnellste Einberufung des Rechtsausschusses des Reichstags beantragt. Veranlassung dazu geben die **unerhörten Zustände**, die sich bei dem **Untersuchungsverfahren des Staatsgerichtshofs** gegen proletarische politische Gefangene herausgebildet haben, insbesondere die Tatsache, daß **eine 65jährige Frau in Chemnitz infolge ein Jahr lang dauernder Untersuchungshaft verstorben ist.**

Die Idiotie der amtlichen Kommuniqués

In Anbetracht der völlig inhaltlosen amtlichen Verlautbarungen über die Verhandlungen in Locarno haben wir bisher offizielle, durch die einzelnen bürgerlichen Pressebureaus verbreiteten Notizen nicht abgedruckt, sondern durch die Organisation einer eigenen Berichterstattung dafür gesorgt, daß die tatsächlichen Vorgänge in Locarno wahrheitsgemäß unseren Lesern unterbreitet werden.

Um aber zu zeigen, mit welchen Methoden blödester Geheimdiplomatie man die allerwichtigsten Vorgänge, z. B. das Durchmarschrecht der Ententeheere durch Deutschland gegen Sowjet-Rußland, zu verheimlichen versucht, wollen wir doch ausnahmsweise von unserer Uebung abgehen und folgendes weisheitsvolles amtliches Kommunique abdrucken:

(TU.) Locarno, 12. Oktober. Das über die heutige Vormittagssitzung ausgegebene Communiqué hat folgenden Wortlaut: „In der heutigen Zusammenkunft wurde die Generaldiskussion über die durch die Beteiligung der eventuellen Signatare des Sicherheitspaktes am Völkerbunde aufgeworfenen Fragen wieder aufgenommen.

In Verfolg des Ersuchens der deutschen Delegation um ergänzende Klarstellungen fand ein allgemeiner Gedankenaustausch unter den verschiedenen Delegationen statt, als dessen Ergebnis ein Fortschritt der gemeinsamen Arbeit in Richtung einer befriedigenden Lösung der erörterten Fragen sich ergab.

Die Konferenz vertagte sich auf Dienstag nachmittag, den 13. Oktober."

Ein Kommentar zu diesem Geistesprodukt ist wohl überflüssig. Das amtliche Kommuniqué ist genau so aufschlußreich wie etwa die — deutschnationalen Kundgebungen dieser Tage.

Die „Prawda" über Stresemann und Tschitscherin

Moskau, den 12. Oktober. Die „Prawda" schreibt zu der Erklärung Stresemanns in Locarno: Tschitscherin hätte in Berlin als Gast der deutschen Presse politischen Unterricht erteilt, daß die Sowjetunion, die gegen Geheimdiplomatie sei, nicht nur mit Regierungen, sondern auch mit den Völkern und der öffentlichen Meinung verkehre. Stresemann solle, wenn er wirklich gegen die Entente kämpfe, Tschitscherins Auftreten nicht rügen, sondern begrüßen. Es heißt dann weiter: „Die geographische Lage zwischen dem Osten und dem Westen berge für Deutschland ungeheure Gefahren in sich. Die Sowjetunion habe Deutschland selbst keinen Bruch mit seinen westlichen Nachbarn vorgeschlagen. Rußland verstehe sehr gut, daß Deutschland mit Frankreich zu einer Vereinbarung gelangen müsse. Aber Deutschland suche nicht nur Verständigung mit Frankreich, sondern den Schutz Englands, der ihm nicht umsonst gegeben werde. Deutschland erkläre, daß England auch daran interessiert sei, wer über den Rhein herrsche. Aber auch die Sowjetunion sei daran interessiert, wer die Weichsel beherrsche. Es wäre interessant, was Deutschlands öffentliche Meinung zu einem russisch-polnischen Pakt sagen würde, der diese Frage beträfe und ob Deutschland nicht diesen Pakt als gegen sich gerichtet betrachten würde."

Donnerstag, abends 1/2 8 Uhr im Volkspark

Eröffnung des 9. Verbandskongresses

des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands

„Politik im Paradies"

(Sonderbericht für den „Klassenkampf")

W. O. **Locarno,** 10. Oktober.

„Politik im Paradies" überschreiben die bürgerlichen Feuilletonisten ihre sogenannten politischen Leitartikel, in denen man dann geistreich von dem „Stimmungsbarometer" phantasiert, das „auf und nieder saust, wie der flatternde Kanarienvogel in seinem Käfig". Man muß dem Chianti viel zugute halten und kann den Rest so bilderreicher Explosionen auf das Konto des ungewohnten Anblicks der Palmen und Bananen setzen. Sonne ist immer schädlich für die nüchterne Betrachtung des Lebens. Sie bringt nicht nur nichts an den Tag, sie blendet auch die meisten so sehr, daß sie über ihren im Sonnenbad erwärmten Bauchnabel hinaus nichts mehr zu sehen vermögen. Kurz, es ist weder etwas mit Paradies noch mit Politik. Gewiß, die messerscharfen Profile der Berge, die liebliche Schlaffheit der Vegtation, der ewig blaue, schweigende See, die Schwermut der scheidenden Sonne sind keine Ausgeburten bürgerlicher Phantasie, aber sie sind eine Kulisse des Elends, hinter die aus Feigheit und Bequemlichkeit kein einziger zu schauen wagt. Aus diesem Paradies vertreibt kein Engel mit flammendem Schwerte die sündigen Menschen, sie fliehen freiwillig, weil es sie nicht satt macht. Der Schweizer Kanton Tessin, und vor allem das Locarnoer Ufer des Lago Maggiore, zählen nach Tausenden die, die ihren Heimatboden verlassen, weil er sie nicht zu ernähren vermag. Ein paar reiche Schmarotzer, die in Spekulation mit amerikanischen Goldminen oder als Neuyorker Bordellbesitzer ihre Million verdient haben, sind die Herren dieses „Paradieses". Der größte Teil der Paradieseinwohner nährt sich kümmerlich vom Weinbau. Die dunkelblauen Trauben, von deren Duft die Korrespondenten berauschte Loblieder singen, können die Weinbauern nicht ernähren, alljährlich müssen die Söhne in die Fremde wandern, außerhalb des Paradieses ihr Brot zu suchen. Kranke, kümmerlich ernährte Kinder schleichen durch die paradiesischen Täler. Der Ertrag der kleinen Weingüter reicht kaum für die notwendigsten Nahrungsmittel. In den Nachtstunden noch müssen Frauen und Kinder für die Fremdenindustrie Heimarbeit leisten. Die gewaltigen Wasserkräfte des Landes, die die Grundlage einer Industrie bilden könnten, die der Bevölkerung ausreichend Arbeit und Nahrung gäbe, liegen ungenutzt da. Gewiß, der Lago Maggiore ist schön und die brausenden Wasserfälle mahnen an die Gewalt der Natur, aber von Wasser, und sei es noch so klar und kalt, und vom Anblick schöner Palmen läßt sich nicht leben. Das Tal und die Berge sind reich an Schönheit, aber dies ist ihr einziger Reichtum, den nur wenige Hoteliers in klingende Münze umzusetzen vermögen. Tal und Berge sind blutarm. Kein deutscher Arbeiter könnte sich mit dem Lebensniveau begnügen, das hier Kleinbauern und Arbeiter nur in härtester Fron erreichen. Scheu, zurückhaltend, betrachtet deshalb die Bevölkerung, soweit sie direkt geschäftlich interessiert ist, die Politikerhorden, die allnächtlich viele tausend Franken im Spiel vergeuden, die den Sekt in Strömen fließen lassen, deren 140pferdige Autos durch die Bergstraßen rasen und mit dickem Staub die Trauben überschütten. Dies „Paradies" ein paar satter Spekulanten und Parasiten der Gesellschaft ist das Hungerland der Schaffenden.

Und wie mit dem Paradies, ist's mit der Politik. Männer, deren ganzes geistiges Kapital in ein paar unvereinbaren nationalen und pazifistischen Phrasen besteht, sitzen in Hotelzimmern mit fließendem Wasser, auf sonnenübergossenen Terrassen und in mit Sektluft geschwängerten Speisesälen beisammen und drehen und wenden an ihren Phrasen und Klauseln, bis der letzte Sinn aus ihnen herausgequält ist und sie annehmbar, weil inhaltlos erscheinen. Daheim, jenseits dieser stolzen Bergprofile staunen Millionen über das Werk der Diplomaten, die vollbrachten, was unmöglich schien, die Weltgeschichte in ihrem Lauf wenigstens auf dem Papier aufzuhalten. Man muß sie gesehen haben, diese Männer, die die Welt regieren, der eine, den sein mit goldenem Stacheldrahtzaun bewehrtes Monokel so in Anspruch nimmt, daß er den Unterkiefer nicht mehr bis zum Mundverschluß heraufziehen kann, dem die Zigarette im blaßschlaffen Munde hängt, wie der Schwanz der auf der Alm weidenden Kuh, die Potenz „kultureller" Degeneration einer von allen Lebensnotwendigkeiten befreiten, auf geistige Selbstbefriedigung angewiesenen Familie, dieser morsche Vertreter eines morschen Weltreiches, der Diktator spielt, weil die andern, mit Blindheit geschlagen, ein in allen Fugen berstendes Gebäude für eine Festung halten. Dieser ewig über seine eigene Existenz verlegen lächelnde Stresemann, der die Zukunft eines Volkes bei einem Cointreau verkauft für einen Posten im Völkerbundsrat. Dieser klappernde, murmelnde Briand, der wenigstens den einen Ruhm retten will, die amerikanische Schuldknechtschaft mit Diensteifer getragen zu haben. Da hocken sie beisammen, reden und schwatzen von Schiedsgerichtsbarkeit und Weltfrieden und schielen ängstlich lüstern nach dem Osten, ob auch in Sowjet-Rußland niemand merke, was die Verschwörer spielenden Kasperles der Weltgeschichte aushecken.

Man darf ruhig sein, was diese für die ewige Seligkeit durch ihre geistige Armut mehrfach rückversicherten „Staatsmänner" in dem Paradies an Politik zusammenbrauen, es wird ein Blatt Papier bleiben, das eifrige Hoteliers von Locarno in goldenem Rahmen als Reklame in ihre Lesesäle hängen werden.

Der Reichslandbund

Von **Erde**, Berlin

(Schluß)

5. Der Landbund im Schlepptau des Finanzkapitals

Seit Jahren ist innerhalb des Landbundes ein Kampf zwischen verschiedenen agrarkapitalistischen Gruppen, der sich in letzter Zeit scharf zuspitzte.

Auf der einen Seite stehen die mit dem Finanzkapital eng versippten Großgrundbesitzer, deren Exponent Reichsinnenminister **Schiele** ist. Diese Gruppe ist sich bewußt, daß das Agrarkapital keine selbständige Politik zu treiben vermag und sich dem mächtigen Finanzkapital unterordnen muß. Als finanziell stärkster und einflußreichster Teil des Landbundes hat sie die Führung des Bundes an sich gerissen und den Landbund **ins Schlepptau des Finanzkapitals** gebracht. Daß der Sieg dieser Gruppe im Landbund entschieden ist, kam zum erstenmal weithin sichtbar in der **Zustimmung zum Dawes-Pakt** zum Ausdruck, dem dann die **Annahme des spanischen Handelsvertrages**, die **Zustimmung zu den Steuergesetzen, Zustimmung zum Zollgesetz** folgen.

Gerade in letzterem zeigt sich sehr deutlich der jetzige Kurs des Landbundes. Das Zollgesetz enthält sehr hohe Industriezölle, die den Klein- und Mittelbauer und den kleinen Landjunker stark belasten, anderseits sind die Zölle für Vieh verhältnismäßig weit geringer und für Getreide noch geringer. Einesteils also eine direkte Bevorzugung des Industriekapitals und auf der anderen Seite die **Gestaltung der Agrarzölle** in der Weise, daß sie zu der vom Finanzkapital angestrebten Industrialisierung der Landwirtschaft, Umstellung der Veredlungsproduktion beitragen. Diese Umstellung unter Herrschaft des Finanzkapitals und des mit ihm versippten Agrarkapitals bedeutet das Niederkonkurrieren der bäuerlichen Wirtschaft und des traditionell auf einfache Getreideproduktion eingestellten Landjunkertums. Allerdings werden letzterem eine Reihe Konzessionen gemacht, wie z. B. die Zubilligung von Getreideeinfuhrscheinen, welche Getreideausfuhr und spätere **Wiedereinfuhr zu Spekulationsgeschäften** ermöglichen.

Auch die bereits erwähnte Kreditpolitik der Rentenbank zeigt Unterordnung unter das Finanzkapital.

Gegen diesen Kurs rebelliert die andere Gruppe, die von den (kapitalistisch rückständigen, völkisch eingestellten) **Landjunkern geführt wird und die Einfluß auf einen größeren Teil der bäuerlichen Mitglieder des Landbundes hat.** Sie will Fortsetzung ihres

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251013-12/fragment/page=0002

Partei-Debatte

Ortsgruppe Delitzsch

Nachdem in einer Mitgliederversammlung in Delitzsch am 29. September der Genosse Lademann im Sinne seiner im „Klassenkampf" abgedruckten Resolution eingehend über den Offenen Brief des EKKI an die deutsche Partei referiert hatte, beschloß die Versammlung, auch die anderen Richtungen in der Partei zu hören, und zwar je einen Vertreter der Ultralinken und der rechten Genossen. Als Vertreter der Ultralinken war der Genosse Springstubbe und als Vertreter der rechten Richtung der Genosse Ernst Meyer (Berlin) erschienen. Vor Fortsetzung der Diskussion wurde noch ein Rundschreiben der BL. verlesen, das Stellung nimmt zu rechten Fraktionen im Bezirk und anschließend einen Brief einer solchen Fraktion wiedergibt.

Genosse Meyer, der darauf das Wort erhält, führt aus, daß dies die erste Mitgliederversammlung seit 1½ Jahren ist, in der er seine politische Einstellung und seine praktischen Vorschläge zur Arbeit in der Partei vertreten darf. Alle Genossen jedoch, die die ganzen Debatten nur als eine Verschiebung der Posten innerhalb der Partei betrachten, haben den Sinn der Diskussion überhaupt nicht verstanden; die Frage ist vielmehr so zu stellen, wie gewinnen wir die uns noch fernstehenden breiten Arbeiterschichten, so daß es nicht wieder möglich ist, daß zu einem Gewerkschaftskongreß nur zwei Kommunisten delegiert werden.

Genosse Meyer geht aus von der Analyse der politischen Situation und behandelt dann besonders die Zoll- und Steuerfragen. Er betont, daß sein, auch vom Genossen Lademann als opportunistisch gebrandmarktes Steuerprogramm nicht im Gegensatz zum Brief der Exekutive steht, sondern vielmehr die Vertreter der Exekutive dieses Steuerprogramm für durchaus richtig erklärt hätten.

Nach dem Genossen Meyer spricht der Genosse Springstubbe zur Stellung der Ultralinken zum Offenen Brief und begründet des Näheren deren Ablehnung. In einer von ihm vorgelegten Resolution sagt er, daß der Zusammenbruch der Ruth-Fischer-Maslow-Zentrale nicht bedeutet den Bankrott der Linken, sondern daß die Politik von Frankfurt an sich nach wie vor richtig sei. Der Brief der Exekutive zeige nicht konkret die opportunistischen Fehler und Gefahren auf, gegen die vor allem mit der ganzen Kraft der Kampf geführt werden müsse, die sich ausdrücken im Versuch der Meyer und Genossen, die nichts anderes als Brandleristen seien, die Partei zu erobern. Vor allem müßten die historischen Verdienste der Linken anerkannt werden, die die Partei nach dem Oktober 23 vor dem Zusammenbruch gerettet hätten.

In der darauf einsetzenden Diskussion erklärt Genossin Rasch u. a. zum Rundschreiben der BL., daß sie nicht die Verfasserin des fraktionellen Schreibens sei.

In der weiteren Diskussion wird von einem Genossen hervorgehoben, daß es für einen Arbeiter aus dem Betrieb unmöglich ist, alle die erscheinenden theoretischen Schriften zu lesen, er z. B. nur so sprechen könne zu all den Fragen, wie er das als Arbeiter fühlt. Man habe diktatorisch die Durchführung der verschiedensten Kampagnen verlangt, habe irgendwelche Genossen an führende Stellen gesetzt, die aber den Genossen aus den Betrieben völlig unbekannt geblieben sind, da sie nie die enge Verbindung und Fühlung mit den einzelnen Ortsgruppen und der breiten Mitgliedschaft aufgenommen haben und nie da waren, wo man ihren Rat und ihre praktischen Vorschläge hätte brauchen können

Zur Abstimmung kamen die Resolutionen der Genossen Lademann und Springstubbe, die bereits durch den „Klassenkampf" bekannt sind, und nachfolgende, von Delitzscher Genossen eingebrachte Resolution, die mit Stimmenmehrheit (24 : 10 : 4) angenommen wurde.

Resolution

Die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Delitzsch vom 29. September 1925 stellt sich nach eingehender Behandlung des Offenen Briefes des EKKI vollinhaltlich und vorbehaltlos auf den Boden desselben.

Sie begrüßt den von der Exekutive unternommenen Schritt, endlich eine Diskussion über die Lebensfrage der deutschen Kommunistischen Partei damit hervorgerufen zu haben. Die Führung konnte nur auf diesem Wege, nachdem alle anderen Mittel vergeblich waren, von ihrer unbolschewistischen Haltung abgebracht werden. Die Mitgliedschaft hält aus diesem Grunde die Kritik des EK. an der bisher führenden Gruppe Ruth Fischer-Maslow und an den Ultralinken für durchaus berechtigt.

Der „neue Kurs" ist keineswegs als „Rechtsschwenkung" der KPD. und der Komintern zu bezeichnen. Im Gegenteil wird gerade die jetzige Parteidiskussion dazu beitragen, die bolschewistischen, also linken Grundsätze auch im deutschen Proletariat herauszuarbeiten. Die seit dem Frankfurter Parteitag in der deutschen Partei so starke ultralinke Gefahr, die die Partei nahezu an den Abgrund gebracht hat, muß durch einen scharfen ideologischen Kampf um die Linie der Komintern restlos beseitigt werden. Das heißt natürlich nicht, daß die guten linken Traditionen der revolutionären Arbeiter damit aufhören sollen. Nein, gerade sie sind ein kostbares Gut der Partei und sie müssen mobil gemacht werden gegen den Opportunismus der Ruth Fischer-Scholem.

Das bedeutet auch nicht ein Schritt zurück zu der Zeit vor dem Oktober 1923 oder gar die Annahme der von dem Genossen Schoenlank in Halle vertretenen Revision der Grundsätze des Leninismus. Es heißt aber, daß die Zeit politischer Unreife und unbolschewistischer Theorie und Praxis endlich überwunden werden muß.

Vor allem aber muß der durchaus unbolschewistische Geist der doppelten Buchführung, wie er sich in den unwahrhaftigen, fraktionsdiplomatischen Erklärungen der Genossen Rosenbaum und Kilian ausdrückt, mit Stumpf und Stil ausgerottet werden.

Die Partei darf aber nicht nur über den Offenen Brief diskutieren, sondern sie muß vor allem aus dem Offenen Brief die praktischen Nutzanwendungen ziehen. Die Delitzscher Mitgliedschaft erklärt sich in dieser Frage voll und ganz einverstanden mit den von den Genossen Rasch, Bormann usw. gemachten praktischen Vorschlägen in der heutigen Diskussion.

Es muß ein der Situation entsprechendes Aktionsprogramm geschaffen werden, das als Grundlage zur Herausbildung eines linken Flügels im deutschen Proletariat geeignet ist. Die Gewerkschaftsarbeit muß endlich mit tiefstem Ernst und aus voller Kraft in Angriff genommen werden. Endlich muß die Reorganisation der Partei auf Betriebszellen durchgeführt werden.

Vor allem aber unterstreichen die Delitzscher Mitglieder die Forderung, daß alle Genossen, die wegen berechtigter Kritik der Politik der Partei kaltgestellt werden sind, sofort wieder zur Arbeit herangezogen werden, wenn sie sich vorbehaltlos auf den Boden des EK. stellen. Ebenso ist mit allen Genossen zu verfahren, die wegen ihrer oppositionellen Haltung zur Politik der Partei ausgeschlossen worden sind und trotzdem der Partei und Komintern treu blieben. Sie müssen unbedingt wieder in die Partei aufgenommen werden. Nachdem die Genossen Rosenberg und Scholem offen zur Fraktionsbildung aufrufen können, besteht für die Ausschlüsse vieler oppositioneller Genossen keine Berechtigung mehr.

Als Abschluß der Diskussion im Bezirk muß ein Bezirksparteitag stattfinden, der dem Bezirk eine neue Führung gibt, die die Gewähr dafür bietet, daß der Brief des EK. wirklich durchgeführt wird.

Die Mitgliedschaft verpflichtet sich, ihre volle Kraft für den Wiederaufbau der Partei einzusetzen. Nur so werden wir aus der Parteidiskussion gestärkt hervorgehen.

Ortsgruppen Dieskau, Bruckdorf, Zwintschöna, Canena und Kleinkugel

In der am Donnerstag, dem 8. Oktober, stattgefundenen Distriktsversammlung der Ortsgruppen **Dieskau, Bruckdorf, Zwintschöna, Canena und Kleinkugel** wurde nach einem Referat über den Exekutiv-Brief **einstimmig** nachfolgende

Entschließung

angenommen:

Die Distriktsversammlung der Ortsgruppen Dieskau, Bruckdorf, Zwintschöna, Canena und Kleinkugel stellen sich rückhaltlos und ehrlich auf den Boden des Briefes der Exekutive und erklären sich für die vorgelegte Resolution der Bezirksleitung. Die Versammelten brandmarken aufs schärfste die Fraktionsarbeiten der rechten Gruppe und verlangen von der BL. durchgreifende Maßnahmen gegen diese Parteizerstörer.

Erklärung des Genossen Korsch

Im Verlauf der gegenwärtigen Diskussion um die Linie der Komintern ist um mich ein dichter Kranz von Legenden geflochten worden. Diese Legenden, die den von Ruth Fischer zur Verdeckung ihrer rechten Abweichungen und ihres versteckten Kampfes gegen die Komintern konstruierten „Korschismus" weiter ausbilden, sind vor allem folgende drei:

1. Die Legende über die arbeiterfeindlichen, antibolschewistischen und antisowjetrussischen Ausführungen, die ich am 6. September 1925 auf der Parteiarbeiterkonferenz in Frankfurt und anderwärts gemacht haben soll.

2. Die Legende über die Existenz einer besonderen Gruppe „Dr. Korsch, Dr. Weill, Rolf, Fink, Boris u. a."

3. Die Legende, daß ich ein „ultralinker Fraktionsmacher" sei.

In den verschiedensten Variationen wurden und werden diese drei Themata, besonders auch von der „R. F.", behandelt; z. B. treten alle drei auf einmal in der Nr. 213 vom 16. September auf.

Ich ersuche die Redaktion der „R. F." unter ausdrücklichem Hinweis auf die sehr zahlreichen und scharfen Angriffe, die die „R. F." gegen mich schon gerichtet und noch angekündigt hat, um eine baldige Veröffentlichung der nachstehenden kurzen Feststellungen.

1. Ich halte, wie für die unmittelbar nach dem Weltkrieg und der Oktoberrevolution 1917 begonnene Periode, so auch für die gegenwärtige Periode den **einzigen Arbeiterstaat der Welt, das rote Sowjet-Rußland, für das stärkste Bollwerk unserer weltrevolutionären kommunistischen Bewegung.** Ich meine diesen Satz so, wie ich ihn sage, ohne jede Einschränkung und ohne jeden Vorbehalt und bitte alle Parteigenossen, nicht wieder künftlich irgendetwas derartiges daraus herauszulesen. Ich habe auch niemals und nirgends etwas anderes gesagt. Alle gegenteiligen Behauptungen sind böswillige oder unbewußte Verdrehungen meiner Worte, ihres Sinnes und ihrer Tendenz.

2. Schon der Genosse Fink hat in seiner „Erklärung" in Nr. 217 der „R. F." erklärt, daß es **„eine Gruppe Korsch, Weill, Fink usw. nicht gibt".** Ich schließe mich dieser Erklärung ausdrücklich an. Ich füge hinzu, daß es in der Vergangenheit bekanntlich eine Gruppierung gegeben hat, der, zusammen mit den Genossen Rolf, Boris, Eva und anderen auch der Genosse Fink zugehörte. Ich habe dieser Gruppe niemals angehört. Was mich von den Ansichten dieser Gruppe immer trennte und noch trennt, besteht auf die kürzeste Formel gebracht, in der **luxemburgistischen Grundauffassung** dieser Genossen, die ich, wie in der Partei hinlänglich bekannt ist, niemals geteilt habe, auch nicht zu der Zeit, als noch die große Mehrheit der theoretisch geschulten Genossen in der deutschen Partei auf dem Boden luxemburgischer Theorien stand.

Soviel über meine angebliche Gemeinschaft mit Fink, Rolf, Boris. Ueber „Dr. Weill" ist nur zu bemerken, daß er meines Wissens niemals, sei es öffentlich, sei es privat, eine Aeußerung getan hat, die als „ultralinks" im Sinne der „R. F.", des Offenen Briefes, oder in irgendeinem anderen Sinne des Wortes bezeichnet werden könnte.

3. Ich gehöre **keiner der zurzeit in der Partei offen oder geheim bestehenden Fraktionen oder fraktionsähnlichen Gruppierungen** an. Ich bin auch der Meinung, daß die gegenwärtige Diskussion über den Offenen Brief zwar möglichst breit, offen, frei und gründlich, aber ohne die Zulassung von Fraktionen oder fraktionsähnlichen Gruppierungen durchgeführt werden sollte. Die Diskussion kann nur geführt werden **„für oder gegen den Offenen Brief".**

Was ich mit den verschiedenen zu Recht oder Unrecht als „ultralinks" bezeichneten Gruppen gemein habe, ist lediglich die Tatsache, daß ich auf Grund der Lehren des deutschen Oktober und anderer Erfahrungen die Weiterführung der **politischen Linie der deutschen Linken,** mit der sich nach dem Offenen Brief das EKKI in der Vergangenheit „mehr als einmal solidarisiert hat", **auch für die Zukunft** für notwendig halte. Ich gehöre aus diesem Grunde zu denen, die in der gegenwärtigen Parteidiskussion entschieden gegen die vorbehaltlose und vollinhaltliche Annahme des Offenen Briefes eintreten.

•

Wir haben die vorstehende Erklärung des Genossen Korsch unserem Zentralorgan, der Berliner „Roten Fahne" entnommen. Wir fühlten uns zum Abdruck dieser Erklärung aus dem Grunde verpflichtet, weil wir einen Artikel des Genossen Ernst Meyer gegen den Genossen Korsch veröffentlicht haben, aber trotz unserer schriftlichen Aufforderung an den Genossen Korsch ohne einen Antwortartikel seinerseits bis heute geblieben sind. Red. d. „Klassenkampf".

Resolution des Zentralkomitees der KPF. zur deutschen Parteidiskussion

Die „Humanite" veröffentlicht folgende Entschließung des ZK. der französischen Bruderpartei zur der Diskussion der KPD.:

„Die KPF. hat bereits in einer Resolution, die kurz nach dem 10. Kongreß der KPD. angenommen wurde, ihre vollständige Uebereinstimmung mit den Vorschlägen zu erkennen gegeben, welche die Komintern dem Kongreß gemacht hat. Diese Vorschläge verlangten eine vollständige Umstellung der Arbeitsmethoden und der politischen Linie, ebenso wie einen tatsächlichen ideologischen Kampf gegen die ultralinken Abweichungen.

Das ZK. der KPF. billigt deshalb vollkommen die letzten Entscheidungen der Komintern, die das Ziel verfolgen, die Krise zu beseitigen, die sich nach dem 10. Kongreß klar innerhalb der KPD. gezeigt hat. Es billigt die Entscheidung, die durch Aenderungen in der Zusammensetzung der Parteileitung, durch einen Wechsel der Arbeits- und Diskussionsmethoden von unten bis oben die Bolschewisierung der Partei nur beschleunigen und ihren Einfluß innerhalb der Arbeiter- und Bauernmassen vergrößern kann.

Das Zentralkomitee der KPF. jetzt in die gegenwärtige Leitung der KPD. das Vertrauen, daß sie die Beschlüsse der Komintern zur Durchführung bringen wird und wird ihr, soweit ihr das möglich ist, seine Hilfe zur Erfüllung ihrer Aufgaben gewähren, indem es mit der KPD. eine noch engere Verbindung herstellt, um alle großen politischen und organisatorischen Probleme zu studieren.

Das Zentralkomitee der
Kommunistischen Partei Frankreichs.

---

demagogischen Geschreis gegen den Versailler Schandvertrag, gegen das jüdische Wucherkapital und die Zinsknechtschaft, Stellungnahme gegen die Industrialisierungspolitik und darum auch Ablehnung der Zollvorlage in der vorliegenden Form. Nicht Unterordnung, sondern politischen und wirtschaftlichen Kampf **gegen das Finanzkapital, für Vorherrschaft des Agrarkapitals** (und besonders des Junkertums).

Die herrschende Gruppe tut, wie wir sehen, genau das **Gegenteil** von dem, was die völkischen Landjunker fordern. In **ihrem Kurs** der Ruinierung der bäuerlichen Wirtschaften geht sie sogar so weit, daß sie von ihren **Banken die Kredite an Landbundgenossenschaften sperren** läßt und die Genossenschaften anweist, zur **Schuldendeckung die bäuerlichen Mitglieder durch Zwangsmaßnahmen herauszuziehen.** Dadurch steht gegenwärtig die ganze Landbundgenossenschaft der Niederlausitz, neben anderen Landbundgenossenschaften **vor dem** Zerfall.

Anstatt, wie vor einigen Jahren geplant, die wirtschaftlichen Unternehmen des Landbundes zum Konkurrenzkampf gegen Industrie, Bank und Großhandel auszubauen, geht die Führung des Landbundes jetzt zum **Abbau seiner wirtschaftlichen Unternehmen** über. Die Krise des Landbundes wird damit noch verschärft.

Neben der von den Landjunkern geführten Opposition gegen den offiziellen Kurs (diese Opposition führte auch schon in Pommern und Mecklenburg zu organisatorischen Abspaltungen, zur Gründung völkischer Bauernschaften) macht sich **unter den Kleinbauernmitgliedern des Landbundes eine tiefe Gärung** bemerkbar und führte zu nicht unbedeutenden Austritten aus dem Landbund. Das ganze Tohuwabohu der gegensätzlichen Strömungen kann die Landbundpresse trotz aller Bemühungen nicht mehr verschweigen. Was eine Landbundzeitung als Vertretung der „Belange der Landwirtschaft und Nation" bezeichnet, wird von der anderen als „Preisgabe der landwirtschaftlichen und nationalen Belange" gebrandmarkt. Selbst in ein und demselben Landbundorgan wird das eine Mal gepriesen, was auf der nächsten Spalte verdammt wird.

Zusammenfassend können wir feststellen: **Die Aufwärtsentwicklung des Landbundes nach dem Kriege hat im Jahre 1924 seinen Abschluß gefunden. Der Landbund ist wohl immer noch die stärkste Organisation auf dem flachen Lande, steht aber in einer ernsten Krise. Das Profitinteresse des ausschlaggebenden, führenden Teils der Agrarkapitalisten drängt zur völligen wirtschaftlichen und politischen Unterwerfung unter das Finanzkapital, führt zum schärferen Hervortreten der Klassengegensätze auf dem Lande. Der Boden für die revolutionäre Propaganda im Dorfe ist gegenwärtig sehr aufnahmefähig.**

Die Emanzipation der Neger

Negerkongreß in Chicago am 25. Oktober 1925

Für den 25. Oktober 1925 hat ein Organisationskomitee, bestehend aus einer Anzahl bekannter Negerführer, darunter zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre, einen Arbeiter- und Farmer-Negerkongreß nach Chikago einberufen, der ohne Zweifel einen wichtigen Schritt nach vorwärts sowohl im Kampf für die Gleichberechtigung der amerikanischen Neger als auch für die Befreiung ihrer afrikanischen Rassengenossen bedeuten wird. Die Lage der Neger in Amerika ist bekannt. Seit mehr als einem halben Jahrhundert ist die Sklaverei juristisch auch in den Südstaaten abgeschafft; **die brutale ökonomische Ausbeutung der schwarzen Proletarier** ist geblieben, und wie sich ihre formelle Gleichberechtigung als „freie Bürger" auswirkt, dafür geben die uneingeschränkt weitergehenden Fälle einer unmenschlichen **Lynchjustiz** Zeugnis.

Die Organisierung der **12 Millionen Neger in den Vereinigten Staaten** ist äußerst schwierig. Die gelben Führer des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, die Gompers und Green, sehen **auf die farbigen Arbeiter mit demselben hochmütigen Yankeestolz herab** wie ihre kapitalistischen Herren. Viele Gewerkschaften wehren sich überhaupt gegen die Aufnahme von Negern; in den meisten haben sie **nicht die vollen Rechte** oder werden **nur in Parallelorganisationen aufgenommen, da sie** allgemein viel niedrigere Löhne als die Weißen erhalten.

Ein Negerkongreß, der im Februar 1924 von einer Negerorganisation, der „Afrikanischen Blutsbrüderschaft" und der Workers Party gemeinsam einberufen worden war, hatte die Klassengegensätze innerhalb der Neger mit aller Klarheit gezeigt und sich infolge des Ueberwiegens kleinbürgerlicher Delegierter auf allgemeine humanitäre Beteuerungen und Phrasen beschränkt.

Die meisten bisher bestehenden Vereinigungen der amerikanischen Neger haben im Kampfe um die Emanzipation durch ihre unklare Einstellung versagen müssen. Die vorgeschrittensten Elemente unter den proletarischen Intellektuellen und den Arbeitern sammelt die **„Afrikanische Blutsbrüderschaft".** Sie allein nimmt eine klassenbewußte Haltung in allen Negerfragen ein, bekämpft die Rassenvorurteile und entwickelt eine Propaganda im Geiste der **internationalen Solidarität.** Mit ihr zusammen berief die Workers Party die erwähnte Konferenz ein.

Die größte Organisation ist die **„Vereinigung zur Verbesserung des Schicksals der Neger",** eine von Marcus Garvey gegründete Bewegung, **die die alte Parole „Zurück nach Afrika" wieder aufgenommen** hat; sie soll in Amerika allein 500 000 **bis 1 Million** an Mitgliedern zählen. Die Statuten der Bewegung sind teilweise ziemlich radikal: Widerstand gegen das Rassengesetz, Steuerverweigerung, Forderung nach bewaffneter Verteidigung gegen Angriffe, Antimilitarismus, Nichtanerkennung des Völkerbundes. **Die Kommunistische Partei arbeitet mit ihr in gewissen Fällen zusammen,** bekämpft aber ihre Ideologie der Rückwanderung nach Afrika, die dem Negerproletariat nur die Notwendigkeit **verschleiert,** überall gegen den Kapitalismus und Imperialismus **kämpfen zu müssen.**

Die zweitstärkste Negerorganisation ist die **„Internationale pazifistische Vereinigung für die Verbesserung des Schicksals der farbigen Völker".** Sie ist von Dr. Durhard Dubois gegründet und zählt 100 000 Mitglieder. Sie setzt sich aus amerikanischen Kleinbürgern und Intellektuellen, mittlerer und Groß-Bourgeoisie zusammen. Der letzte Kongreß, der, allerdings schwach besucht, in Lissabon stattfand, hat vom Völkerbund und vom Internationalen Arbeitsamt die Zuschreibung farbiger Vertreter gefordert. Die Vereinigung ist das hauptsächlichste Instrument der Kapitalisten, um reformistische Gedankengänge unter den Negern zu verbreiten.

Hauptaufgabe des Kongresses am 25. Oktober wird es sein, eine **einheitliche Organisation des Negerproletariats** zu schaffen, die vor allem auch die Negerfarmer umfaßt (von 12 Millionen amerikanischen Negern sind 8 Millionen Landwirte und Farmer), die besonders unterdrückt sind, bis jetzt aber fast gar nicht erfaßt werden konnten. Der Kongreß wird den Kampf um **soziale Gleichstellung der farbigen mit den weißen Arbeitern** zu organisieren haben. Er muß die Gleichberechtigung in den Gewerkschaften und die Vereinigung der weißen und farbigen Sektionen fordern. Daneben handelt es sich um den **Kampf gegen Ku-Klux-Klan und die Lynchjustiz.**

Die Hauptbedeutung des Chikagoer Negerkongresses liegt aber darin, daß er ohne Zweifel ein **mächtiges Signal für die unterdrückten Völker Afrikas und der amerikanischen Kolonien** sein wird. Die Neger Amerikas haben durch ihre industrielle wie auch politische Erziehung die Möglichkeit, als Führer für die Freiheitsbewegung der Neger der ganzen Welt zu fungieren. Der Kongreß wird **die Ansichten von der Ueberlegenheit der weißen Rasse zu brechen** haben. Die amerikanischen Neger verfolgen mit tiefer Sympathie den Freiheitskampf in Marokko, Syrien und im Sudan ebenso wie die Erhebungen des chinesischen, indischen und javanischen Volkes gegen den Imperialismus. Der Kongreß wird den breitesten Massen der farbigen Proletarier zu beweisen haben, daß die Abschüttelung des imperialistischen Joches über die Kolonialvölker nur in engster Verbindung mit dem Freiheitskampf der gesamten internationalen Arbeiterklasse geführt werden kann!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251013-12/fragment/page=0003

Das „Haus der Bauern“ in Moskau

Draußen am äußeren Boulevard, an der Trubuaja, nahe den Bahnhöfen, liegt das „Haus des Bauern“, einst ein vornehmes Hotel „Eremitage“ — jetzt das Heim der Bauern des Moskauer Gouvernements, wenn sie zu Geschäftszwecken in die Stadt kommen. In ganz Moskau gibt es wohl kaum ein Haus, an dem man klarer die praktische und planmäßige Erziehungsarbeit der Sowjets an der großen Bauernmasse demonstrieren könnte, als hier, wo der Moskauer Sowjet den Bauern Heim und Unterhaltung, eBratung und Unterstützung, Belehrung und Aufklärung gewährt.

Schon im Wartezimmer habe ich in wenigen Minuten, die ich auf die Führerin warten muß, an der ausgestellten Früchtesammlung gelernt, was im Moskauer Gouvernement angebaut wird und was man noch anbauen könnte.

Das Prunkstück des Hauses ist das Museum. Es ist auf das sorgfältigste der Psychologie der Bauern angepaßt. Drastische Darstellungen, Anschauung statt langer Texte, Belebung durch leuchtende bunte Farben und Lichteffekte. Da ist ein Modell des ganzen Gouvernements. Ein Druck auf einen Knopf, und eine Schar flimmernder Lämpchen zeigt, wie weit die Elektrifizierung vorgeschritten ist in den einzelnen Moskauer Kreisen; Pferde, Kühe und Kornsäcke zeigen dem Bauern die Wirkung der elektrischen Kraft auf die Produktion. Hier wird anschaulich demonstriert, was das Gouvernement heute produziert und was es produzieren könnte und wie Haus und Hof der Bauern aussähen bei fortgeschritteneren Arbeitsmethoden. Dann beginnt das Wie und Warum? Ein ganzer Lehrgang über Bodensorten liegt hinter Glasscheiben, ein Herbarium zeigt alles, was darauf wächst: das Unkraut und den Weizen. In langen Schränken stehen wie in einer Apotheke sauber aufgereiht die Samentüten, fertig zum Verkauf, liegen die Bestellzettel für größere Aufträge. Vor allem aber gilt es, den Gebrauch der Geräte und Maschinen zu fördern. Wie in einer Folterkammer starren die Messer und Scheren und Harken und Aexte von den Wänden. Sowohl ausländische Waren wie auch schon viel eigene russische Fabrikate. Auch hier kann der Bauer gleich kaufen oder seine Bestellungen aufgeben. Im großen Saal der Maschinen stehen all die bunten Wagen mit den seltsamen Stangen und Haken, die die moderne Technik für die Bodenbearbeitung geschaffen hat. Der Erwerb der Maschinen wird dem Bauern durch Teilzahlungen erleichtert, deren Regelung ebenfalls gleich im Hause vermittelt wird.

Aber nicht nur der Bauernwirtschaft gilt die Sorge des Moskauer Sowjets. Auch des Bauern persönlich nimmt man sich hier an. Der Bauer, der in die Stadt kommt, soll ein bequemes und sauberes Unterkommen haben. Die Hotelzimmer sind mit sauberen Metallbetten versehen. Hier übernachtet der Bauer für wenige Kopeken, während sonst die Hotelzimmer viele Rubel kosten infolge der noch nicht behobenen Wohnungsnot. Hier findet er einen Garten, in dem er den Weisen einer guten Kapelle lauschen kann, ein sauberes und billiges Restaurant.

Die freien Minuten werden genützt, auch andere Interessen zu wecken. Im Lesesaal sitzen die Bauern unter der Büste Lenins und lesen einander die Zeitungen und Zeitschriften vor. Ich muß unwillkürlich an die Landwirtschaftswoche in Berlin denken, wo die Agrarier die Animierlokale der Friedrichstraße füllen. Im Moskauer Bauernhaus versammelt man sich am Abend im Konferenzsaal, und ein Theaterstück sorgt für Unterhaltung und Erholung. Doch nicht genug damit. Der Bauer muß mit allen Zweigen des modernen Lebens bekannt werden. Alltäglich fliegt zweimal über sein Haus der gewaltige Vogel der Deruluft-Gesellschaft, der die Verbindung zwischen Moskau und Berlin in 24 Stunden herstellt. Der Bauer muß den Sinn und Wert dieser Verkehrseinrichtung erkennen lernen. Kleine Fliegermodelle und Karten, ein richtiger alter Flugzeugrumpf bilden das Anschauungsmaterial. Und wie stolz war jener Bauer, der dann mit uns heimwärts flog und die Sicherheit des Flugverkehrs selber ausprobieren durfte. Mit welcher Begeisterung begrüßte er sein Dörfchen aus 300 Meter Höhe und erklärte uns jedes Haus. Lustig flatterten die Karten in der Luft, die er als Luftgrüße den Freunden auf die Felder streute. Daheim erzählt er von den seltsamen Masken im „Haus der Bauern“, die im Kriege Schutz gegen feindliche Gase gewähren. Er weiß, welches die Vorzüge der künstlichen Düngung sind, er hat die Büchsen mit Kali und Chilesalpeter in der Hand gehabt und zeigt stolz seinen Auftragsschein, der ihm helfen wird, die Ernteerträgnisse zu verdoppeln. Als man mißtrauisch auf seinen knappen Geldbeutel anspielt, erzählt er stolz von der Ausbreitung der Kreditgenossenschaft in der Landwirtschaft. Noch 1921 haben sie im Moskauer Gouvernement nur 2715 Mitglieder gehabt, und im Juli 1925 waren es bereits 82 067. Alle seine Kenntnisse hat er im „Haus der Bauern“ erworben, hat Bücher gekauft in bunten leuchtenden Farben, in denen die Geschichte des Weizens und Roggens, des Kohls und der Zwiebel, der Vögel und Füchse steht.

Und es gibt nicht nur das eine „Haus der Bauern“ für Moskau. Dies hat nur der Moskauer Sowjet für sein Gouvernement gebaut. Ein zweites ist das allgemeine große Bauernhaus, das das Landwirtschafts-Kommissariat eingerichtet hat. In unzähligen Städten Sowjetrußlands gibt es solche „Häuser der Bauern“, wo die russischen „Muschkis“, die einst als Sinnbild der Rückständigkeit und Armut galten, jetzt als Staatsbürger der proletarischen Republiken zu ziel- und klassenbewußten Mitgliedern der Gesellschaft heranwachsen.

W. O.

Gesinnungsjustiz des Staatsgerichtshofes

Ein Beitrag zum Fall des Schriftstellers Johannes Becher

Der Schriftsteller Johannes Becher wurde wegen seiner literarischen Tätigkeit vom Staatsgerichtshof verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat unter Anklage gestellt.

Unter dem Drucke des Protestes der Arbeiterschaft und der Schriftstellervereinigung ist Becher wohl aus der Haft entlassen worden, aber das Verfahren gegen ihn wird weitergeführt.

Bezeichnend ist nachfolgender Beschluß des Staatsgerichtshofes:

Beschluß

In der Strafsache gegen den Schriftsteller Johannes R. Becher von Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat u. a. hat das Reichsgericht, 4. Strafsenat, in der Sitzung vom 18. September 1925 beschlossen:

Das Verfahren hat seinen Fortgang zu nehmen.

Gründe:

Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen läßt sich ein abschließendes Urteil über die Höhe der zu erwartenden Strafe noch nicht bilden. Es ist insbesondere noch der Werdegang des Angeklagten und sein Zusammenhang mit der Kommunistischen Partei aufzuklären.

Die Entschließung über die Anwendbarkeit des Gesetzes über die Straffreiheit vom 17. August 1925 muß deshalb vorerst noch ausgesetzt bleiben.

gez. Rosenthal Mengelkoch Rheinisch

Ausgefertigt

Der Gerichtsschreiber
des 4. Strafsenats des Reichsgerichts
gez. Risch,
Amtmann.

Was besagt diese Entscheidung? In nüchternen Worten wird hier zum Ausdruck gebracht, daß ein abschließendes Urteil über die Höhe der zu erwartenden Strafe von der Gesinnung des Angeschuldigten abhängig gemacht wird. Wenn sich herausstellen sollte, daß Becher kein Kommunist ist, würde wahrscheinlich das Verfahren gegen ihn eingestellt werden. Wenn aber der Staatsgerichtshof einen Zusammenhang Bechers mit der Kommunistischen Partei konstruieren kann, dann wird er ins Zuchthaus geworfen.

Hier wird ganz klar gesagt, nicht die Straftat eines Angeschuldigten ist für die Urteilsfällung und für die Anwendung der Amnestie ausschlaggebend, sondern die Gesinnung.

Brutaler ist die politische Zweck- und Gesinnungsjustiz des Staatsgerichtshofes noch nicht in Erscheinung getreten.

1 kleine Anzeige im Klassenkampf kostet keinen Pfennig. Nach Einsendung der Abonnementsquittung für den laufenden Monat kann jeder Leser diesen Vorzug erhalten, indem 2 einspalt. Zeilen = 5 mm Höhe **nicht** berechnet werden; für die darübergehenden Millimeterzeilen kommt der im Kopf angezeigte Preis in Frage. Wer etwas kaufen oder verkaufen will, gebe die Anzeige sofort auf, denn sie kostet **nichts!**

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr 14 Fernruf 1478 – Postscheckkonto Leipzig 107 001
Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Distrikt 1. Dienstag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette“, Funktionärsitzung. Alle Funktionäre sind verpflichtet, zu erscheinen.

Bruckdorf. Mitgliederversammlung Donnerstag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Große.

Schkeuditz. Mitgliederversammlung Donnerstag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, „Stadt Berlin“. Tagesordnung: Ekki-Brief.

Passendorf. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, abends 8 Uhr, „Drei Lilien“. Tagesordnung: Ekki-Brief.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Mücheln-Neumark. Gemeinsame Mitgliederversammlung Mittwoch, 14. Oktober, abends 8 Uhr, in Mücheln im „Gewerkschaftshaus“. Tagesordnung: Stellungnahme zum Ekki-Brief. Referenten sind anwesend.

Merseburg. Mitgliederversammlung Donnerstag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg“. Fortsetzung der Diskussion über den Ekki-Brief. Referent und Korreferent sind anwesend.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Hettstedt, Großörner, Molmek, Siersleben, Burgörner. Gemeinsame Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, abends 8 Uhr im „Hohenzollernpark“ in Hettstedt. Tagesordnung: DDie Reorganisation der Partei. Referent vom ZK. ist anwesend.

Gerbstedt. Mitgliederversammlung Sonntag, 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Lohmeier.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg-Delitzsch.

Wittenberg-Piesteritz. Gemeinsame Sitzung der Ortsleitungen unter Hinzuziehung der bestehenden Betriebszellenobleute. Mittwoch, 14. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Freudenberg. Alles hat zu erscheinen. Vertreter des ZK. ist anwesend.

Bitterfeld. Mitgliederversammlung Donnerstag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“. Tagesordnung: Ekki-Brief.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Bockwitz. Mitgliederversammlung Mittwoch, 14. Oktober, 8 Uhr, im „Volkshaus“.
Grünewalde. Mitgliederversammlung Donnerstag, 15. Oktober, 8 Uhr, Parteilokal.
Mühlberg. Mitgliederversammlung Donnerstag, 15. Oktober, 8 Uhr, „Elbschlößchen“.
Biehla. Mitgliederversammlung Mittwoch, 14. Oktober, abends 8 Uhr, Parteilokal.
Dommitzsch. Mitgliederversammlung Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, Parteilokal.
Falkenberg. Mitgliederversammlung Freitag, 16. Oktober, 8 Uhr, „Gesellschaftshaus“.
Liebenwerda. Mitgliederversammlung Freitag, 16. Oktober, 8 Uhr, Parteilokal.
Cosdorf. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr, Parteilokal.
Lichtenburg. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr, „Deutsches Haus“.
Naundorf bei Torgau. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr, im Parteilokal.
Richtewitz. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr, Parteilokal.
Schildau. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr, Parteilokal.
Zeckeritz. Mitgliederversammlung Sonnabend, 17. Oktober, 8 Uhr, Parteilokal.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Mitgliederversammlung Donnerstag, 5. Oktober, abends 8 Uhr, im Hotel „Monopol“.

Zeitz. Org.-Konferenz Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Herberge“. Es müssen erscheinen: der gesamte Vorstand, die Obergruppenführer, die Zellenobleute, die Fraktionsführer und der Instrukteurstab. Alles Material mitbringen

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“

An alle Ortsgruppen!

Alle Ortsgruppen, die zur Fahrt nach Naumburg am 18. Oktober den Sonderzug der Ortsgruppe Halle mit benutzen wollen, müssen das Fahrgeld aller Teilnehmer ab der in Frage kommenden Station des Sonderzuges spätestens am Sonnabend, dem 17. Oktober, im Gaubureau einzahlen; nanach erfolgt Ausgabe der Fahrkarten. Ortsgruppen, die über Halle nach Naumburg fahren, lösen auf der Heimatstation nur Fahrkarte bis Halle. Sonntagsfahrkarten berechtigen nicht zur Fahrt im Sonderzug. Genaue Fahrzeiten werden noch bekanntgegeben.

Abrechnungen vom September und Oktober stehen noch von einem Teil der Ortsgruppen aus. Dieselben sind schnellstens einzusenden, desgleichen die Abrechnungen des Werbematerials und die zwei Berichtsfragebogen von der Werbewoche.

Die Gauleitung.

Um Irrtümer zu vermeiden, wird bekanntgegeben, daß sich der Jungsturm am Sonntag nicht in Gera, sondern geschlossen am Roten Tag in Naumburg beteiligt.

Bundeskleidung, wie Blusen, Mützen usw. sind nur noch durch das Gausekretariat zu bestellen. Die Gauleitung.

Ortsgruppe Halle

Alle Kameraden, die mit nach Naumburg fahren, müssen das Fahrgeld bis Freitag an ihre Gruppenführer einzahlen. Fahrkartenausgabe erfolgt durch Werbebezirksführer. Fahrpreis nicht 2,10 Mark, sondern 2,20 Mark.

Gauleitung. Die Sitzung der Gauleitung findet nicht Dienstag, sondern Donnerstag statt.

Bezirk 2 (Süden). Dienstag, 13. Oktober, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße, Werbebezirkspflichtversammlung.

Abteilung 5. Dienstag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, bei Bendlin, Böllberger Weg, **Pflichtversammlung.**

Abteilung 7 und 7a. Dienstag, 13. Oktober, abends 8 Uhr, im „Fröhlichen Zecher“, Torstraße, **Abteilungspflichtversammlung.**

Jungsturm

Alle arbeitslosen Kameraden treffen sich heute nachmittag ½5 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft, Jugendsekretariat.

Heute abend 8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft abrechnen.

Unterbezirk Saalkreis

Nietleben. Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, Gasthof „Zur Sonne“ Pflichtversammlung. Alles bestimmt erscheinen.

Ammendorf. Dienstag, 13. Oktober, findet im „Burgschlößchen“ eine vollzählige **Mitgliederversammlung statt. Regelung der Fahrt nach Naumburg.**

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, 15. Oktober, Mitgliederversammlung. Alles muß erscheinen, auch die Neuaufgenommenen.

Empfehlenswerte Literatur

der
Bezirks-Zentralbuchhandlung
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren auswärtigen Filialen

Politische Literatur

Lenin: **Ausgewählte Werke**	gebd.	9,00 Mk.
Bericht vom 5. Weltkongreß, 2 Bände	brosch.	12,00 „
	gebd.	15,00 „
Um den Oktober 1917, ein Sammelbuch	brosch.	3,00 „
Die Organisation der Betriebszelle, Organisationsfragen und Beschlüsse des V. Weltkongresses	brosch.	0,75 „
Der neue Kurs, Material zur Parteidiskussion		0,50 „
Heinz Neumann: **Maslows Offensive gegen den Leninismus**		0,50 „
Losowsky: **Die englisch-russische Gewerkschaftskonferenz**		0,20 „
Die Reorganisation der KPD., Beschlüsse des X. Parteitages	brosch.	0,20 „

Schöngeistige Bücher

John Dos Passos: **Drei Soldaten**	gebd.	3,20 Mk.
Serner: **Der Pfiff um die Ecke**		3,00 „
Serner: **Die Tigerin**		2,75 „
Sinclair: **Der Sumpf**	gebd.	3,20 „
Erzählungen verschiedener Autoren	Band	0,70 „

Stadt-Theater
Heute
Dienstag 7½ Uhr
„Bajadere“
Ende 11 Uhr
Mittwoch 7½ Uhr
Die heilige Johanna
Ende 11 Uhr
Donnerstag 8 Uhr
Konsul Blaubart

Aufpolstern von Sofas u. Matratzen
in und außer dem Hause sowie
Neuanfertigung
Scharf Thomasiusstraße 2

Tausche [3309
Stube, Kamm. und 2Stub., Kam., Küche geg. 2 Stub., Kam., Küch. u. Korrid. Off. an Verl. Klassenkpf.

Tausche 3 Zimmer, fl. Küche, Speisek., Korrid., Innentl., elektr. Licht u. Gas, neues Haus i. Süd. geg. gleich. i. Glauchaer Viertel. Off. a. d. Verl.

Wachsamer Boxerhund b. z. verk. Torstr. 21, I.

WERBEDRUCKE
ZEITSCHRIFTEN
PLAKATE☆KARTEN
ROTATIONSDRUCK
WERKE☆LIEFERT

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg
EGmbH., Halle, Lerchenfeldstrasse 14
Fernruf: 1045, 1047, 2251

Textilwaren-Preissenkung!
Kleiderstoffe 1449
in **Reinwolle, Halb- u. Baumwolle** in reichen, modernen Ausmusterungen, bis auf weiteres **zu gesenkten Preisen**
— nur Qualitätswaren! —
Max Gottwald, Zeitz
Etagengeschäft. Donaliesstr. 39

Unst. Schlosstell. gesucht Nähe Schlosser-Schmidtstraße. Otto Reichardt, Schlosserstr. 12 3306

Weißenfels 1448
Am Saalestrand
Heute
Schlachtefest
Emil Illig.

Kleine Anzeigen
haben im Klassenkampf
Große Wirkung!

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.
Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Harz 42/44

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Dienstag, 8 Uhr, Jungsturmversammlung in „Stadt Leipzig“. Alles zur Stelle.

Merseburg. Freitag, 8 Uhr, Pflichtversammlung in „Stadt Leipzig“. Antreten ½8 Uhr am Irrgarten. Fahrt nach Naumburg: Abfahrt Sonnabend 6 Uhr mit Spielmannszug. Es hat alles restlos zu erscheinen.

Unterbezirk Wittenberg

Wittenberg. Dienstag, 13. Oktober, ½8 Uhr, **Abmarsch vom Schweinemarkt zur** Versammlung nach Klein-Wittenberg.

Wittenberg. Mittwoch, 14. Oktober, ½7 Uhr, bei Freudenberg Funktionärsitzung.

Unterbezirk Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 16. Oktober, 8 Uhr, im „Lindenhof“ Pflichtversammlung.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Freitag, 16. Oktober, abends 8 Uhr, findet in der „Herberge“ eine Mitgliederversammlung statt. Erscheinen aller ist Pflicht.

Unterbezirk Weißenfels

Hohenmölsen. Sonntag, 18. Oktober, Fahrt nach Naumburg vormittags ½7 Uhr vom Bahnhof. Alles muß erscheinen, wer nicht erscheint, wird zur Rechenschaft gezogen. Fahrpreis 2,20 Mark.

WALHALLA
Direktion Adolf Vogel Tel. 8385
Nur noch 3 Tage!
100 Saltomortales in 10 Sekunden
und die übrigen
Attraktionen!
Anf. 8 Uhr Vorverk. ab 11 Uhr ununterbr.

Lichtspiele Piesteritz
Dienstag bis Donnerstag, 15. Okt.
Das große Lustspiel-Programm
Das Programm des Humors
5 prächtige Fox-Lustspiele
Extra-Einlag auf der Bühne, persönliches Auftreten des Berliner Gesangshumorist.
Bruno Landers mit seinen heiteren u. ernsten Vorträgen
Anfang 8 Uhr Keine Preiserhöhung

Ver. d. Freidenker f. Feuerbestattung
Bitterfeld
Donnerstag, den 15. Okt., abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“ I. Zimmer:
Versammlung — Vortrag
*3308 Der Zahlstellenleiter.

Därme
hallische, selbstbearbeitete frische Schlachthofware, alle Sorten kauft man bei 3314
Paul Etzrich
Darmschleimerei
Reideburger Straße 2 — Telephon 4213

Alle Parteischriften
empfehlen die **Volksbuchhandlungen**
Harz 24/44 und Lerchenfeldstr. 14

Nachruf
Ganz plötzlich u. unerwartet entriß der Tod uns unseren Jugendfreund 1651
Christian Kirschner
Wir werden ihm wegen seines aufrichtigen Wesens ein bleibendes Andenken bewahren
Nasberg, 12. Oktober 1925
Die Jugend

Genossenschafter! gEG-Waschmittel sind die besten und billigsten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251013-12/fragment/page=0004

Programm des 9. Verbandskongresses des KJVD. in Halle

Eröffnung des Kongresses

Donnerstag, den 15. Oktober, ½8 Uhr abends, im „Volkspart" unter Mitwirkung der RFB.-Kapelle.

Referat: **„Die Lage der russischen Jungarbeiter und des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands."**

Die Arbeiter von Halle, insbesondere die Jungarbeiter, sind zu dieser Veranstaltung eingeladen.

Fortsetzung der Tagung

des Kongresses am Freitag und Sonnabend, von morgens 9 bis abends 6 Uhr im großen Saale des „Volkspart":

1. **Politische Lage und Aufgaben der Partei.**
2. **Bericht des Zentralkomitees.**
3. **Lage der Sowjetunion und die Aufgaben des KJVD.**
4. **Lage und Aufgaben des Verbandes.**
5. **Unsere wirtschaftlich-gewerkschaftliche Arbeit.**
6. **Wahl des Zentralkomitees.**
7. **Anträge und Verschiedenes.**

Schlußkundgebung

am Sonntag, dem 18. Oktober, morgens 10 Uhr, im „Volkspart" **„Roter Rummel"**, politische Satire, aufgeführt durch unsere Berliner Genossen.

Ausstellung

findet in diesen Tagen im Kartellzimmer statt, veranstaltet von der Zentrale, Abteilung Agitprop., außerdem vom Verlag „Junge Garde".

Zum 5. Jahrestage des hallischen Parteitages

Von W. Scholem

Ein halbes Jahrzehnt ist verflossen, seitdem wir im „Volkspart"-Saal zu Halle mit der Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokratie den Weg zur Kommunistischen Internationale und zur Bildung einer Kommunistischen Partei in Deutschland gefunden haben. Vom 12. bis 16. Oktober 1920 tagte der denkwürdigste Parteitag des deutschen Proletariats in der Nachkriegszeit, und es ziemt sich wohl, heute einen Rückblick auf die Kämpfe jener Tage zu werfen, nicht nur wegen der Vergangenheit, sondern der Zukunft wegen, welcher unsere Partei entgegengeht.

Der hallische Parteitag beendete den jahrelangen Kampf innerhalb der USP. mit dem Siege der Kommunistischen Internationale. Schon auf dem Leipziger Parteitag der USP. im Dezember 1919, auf dem der Noske-Feldzug der mehrheitssozialistischen Führer noch in frischer Erinnerung stand, trat eine Mehrheit für den Anschluß an die 3. Internationale ein. Damals gelang es noch den diplomatischen Schlichen der Crispien und Dittmann, die Entscheidung hinauszuschieben. Im Frühjahr 1920 brachten die Kämpfe des Kapp-Putsches das revolutionäre Proletariat Deutschlands nahe an die Grenzen des Sieges. Die Massen der USP.-Arbeiter kämpften Schulter an Schulter mit den Arbeitern des Spartakus-Bundes gegen die Weißgardisten und gegen die Reichswehr der eben geretteten sozialdemokratischen Führer. Die feige und schwankende Haltung des größten Teiles der unabhängigen Führer öffnete den Arbeitern der USP. die Augen über das Wesen ihrer im Grunde zentristischen Partei.

Das proletarische Rußland, die Kommunistische Internationale, das war in der nun beginnenden geistigen Auseinandersetzung das Signal für die Massen der USP.-Arbeiter. Der 2. Weltkongreß im Sommer 1920 zog durch die 21 Bedingungen jene unverwischbaren Grenzen, welche bis heute reformistischen Verrat und zentristische Halbheit von den Grundsätzen des Kommunismus trennen. Die Debatte über die 21 Bedingungen, die vor dem hallischen Parteitag mit beispielloser Hartnäckigkeit und Zähigkeit geführt wurde, war die erste Debatte über die Grundsätze des Leninismus, die in die weitesten Kreise des deutschen Proletariats drang. Um die Führerrolle der revolutionären Partei im proletarischen Klassenkampf, um die Leninsche Staatstheorie, um die nationale Frage und um die Frage des inneren Aufbaues der revolutionären Partei ging der Kampf. Die Lehren des Kapp-Putsches erleichterten den USP.-Arbeitern die Erkenntnis von der Richtigkeit der Leninschen Auffassung über die Rolle der Partei und über die Form der revolutionären Organisation. Zwei Jahre Ebert-Diktatur und demokratische Republik hatte in ihnen die letzten Reste demokratischer Illusionen vernichtet. Nicht durch Theosien, sondern durch ungezählte Blutopfer war ihnen die Leninsche Auffassung über die proletarische Diktatur wirklich eingehämmert worden. Auch die nationale Frage, von Hilferding klug in der Debatte ausgenutzt, spielte eine große Rolle bei den Auseinandersetzungen. Hier gab es die schwersten Hemmungen zu überwinden. Die hündische Politik des demokratischen Deutschlands seit der Novemberrevolution und im Vergleich damit die Außenpolitik der Bolschewiki in Rußland bildeten in dieser Frage das beste Anschauungsmittel für die Arbeiter der USP.

Sinowjews Rede in Halle bildete den Abschluß und den Höhepunkt der Debatte. Diese Rede, heute noch so frisch, wie vor fünf Jahren, war der Ausdruck des 20jährigen Kampfes der Bolschewiki gegen den reformistischen Verrat. Die heldenhafte Partei der Bolschewiki, ihre Erfahrungen, ihre Lehren und ihr Sieg traten in dieser Rede, die weit über den „Volkspart"-Saal hinaus bis in die letzten Proletarierdörfer Deutschlands drang, aus dem Nebel des Ostens in den täglichen Kampf der deutschen Arbeiterklasse. Niemals und niemandem wird es gelingen, diese Lehren aus den Herzen und Hirnen des klassenbewußten Proletariats Deutschlands wieder auszulöschen.

Fünf Jahre sind seitdem verstrichen. Es waren schwere Jahre des Kampfes, schwere Jahre mit vielen Opfern und vielen Niederlagen. Die frohen Hoffnungen, mit denen wir den hallischen Parteitag schlossen und die Aufbauarbeit der Kommunistischen Partei Deutschlands begannen, haben sich nicht alle verwirklicht. Weil nicht alle Blütenträume reiften, zogen die Levi und Däumig, Friesland und Geyer wieder zurück in die Wüste des Reformismus. Schwere innere Auseinandersetzungen erschütterten die noch junge und ungefestigte Kommunistische Partei. Die Generalprobe der Geschichte, die ihr im Jahre 1923 gestellt wurde, bestand sie nicht. Weil einige Führer die bolschewistischen Lehren vergaßen, die in Sinowjews Lehre auf dem hallischen Parteitag niedergelegt waren, erlitt die Partei schwere Niederlagen.

Die Geschichte wird lehren, daß gerade diese Jahre in der Entwicklung der bolschewistischen Partei Deutschlands notwendig waren. Wenn heute, am fünften Jahrestag des hallischen Parteitages, die Reformisten, zu denen die Crispien und Dittmann von Halle aus schnurstracks zurückkehrten und bei denen Levi und Friesland landeten, jubelnd das Ende der Kommunistischen Partei Deutschlands ankündigen, so werden diese Herrschaften erkennen, wie schwer sie sich geirrt haben. **So lange das proletarische Rußland steht, so lange das Banner der Kommunistischen Internationale die Lehren der proletarischen Revolution verkörpert, so lange es einen Klassenkampf in Deutschland gibt, so lange wird die KPD. bestehen.** Aus inneren Auseinandersetzungen neu gestärkt zur Arbeit unter den Massen zurückkehrend, wird sie wiederum Sammelpunkt derjenigen Massen werden, die langsam beginnen, die Lügen ihrer Führer über das proletarische Rußland zu durchschauen. Auch für uns werden noch Tage des Sieges kommen, die erfüllt sein werden von dem Rufe des hallischen Parteitages:

Es lebe die Kommunistische Internationale!

KPD. zum Reichsschulgesetz

Richtlinien im Kampf gegen die Schulreaktion

Der Entwurf des Reichsinnenministers Schiele zu einem Reichsschulgesetz in Ausführung des Artikels 146 der Weimarer Verfassung ist ein neuer, ungeheuerer gefährlicher Anschlag gegen die deutsche Arbeiterklasse.

Er will das öffentliche Bildungswesen Deutschlands nach Bekenntnissen zerreißen;

er will den Kirchen die Kontrolle über Geist und Inhalt der Schule einräumen;

er will die Ausbildung und die ganze Erziehungsarbeit der Lehrer unter Aufsicht der Kirche stellen;

er will also den Kirchen die uneingeschränkte Beherrschung der Schule gesetzlich zuerkennen.

Der politische Sinn dieses Reichsschulgesetzentwurfs ist folgender: Die deutsche Bourgeoisie hatte nach ihrem Bankrott im Jahre 1918, um ihre Klassenherrschaft zu retten und die Arbeiterschaft um die Früchte ihrer Revolution zu betrügen, auf allgemein politischem, wirtschaftlichem und auch auf schulischem Gebiet eine Reihe „demokratischer" Konzessionen machen müssen. Diese haben der Sozialdemokratie ermöglicht, die proletarischen Massen von der Durchführung ihrer Revolution abzuhalten. Nachdem aber die Bourgeoisie mit Hilfe der sechsjährigen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der SPD. ihre Machtpositionen so gefestigt hat, daß sie das Proletariat wieder in die schwerste politische und wirtschaftliche Knechtschaft herabgedrückt hat, geht sie jetzt dazu über, auch auf dem Gebiet der Erziehung und Bildung die letzten geringfügigen Konzessionen auszutilgen und die Schule wieder unverhüllt und ungehemmt in den Dienst ihrer reaktionären Absichten zu stellen.

In der konfessionellen Schule erblickt die Bourgeoisie ein Mittel, um dem Proletariat die durch Krieg und Revolution gelockerten ideologischen Fesseln wieder so fest anzuschmieden, daß es in seinem politischen Befreiungskampfe aufs schwerste gehindert wird. Sie benutzt Kirche und Schule nicht anders als Polizei und Zuchthaus: um ihre Ausbeuterpolitik und ihre Klassendiktatur zu sichern.

Ein Teil der nichtkatholischen Bourgeoisie, insbesondere der Demokraten, Volkspartei und auch der Deutschnationalen, möchte den Reichsschulgesetzentwurf des Deutschnationalen Schiele ablehnen, weil er befürchtet, daß die unumschränkte Herrschaft der katholischen Kirche über einen großen Teil des deutschen Schulwesens die politischen Machtpositionen des Zentrums außerordentlich stärken würde. Sie möchte deshalb die Staatsaufsicht nicht durch die kirchliche Aufsicht verdrängt sehen. Aber in allem übrigen will die evangelisch-reaktionäre Bourgeoisie mit ihrer neuen Sammellosung, die auf eine „christliche Simultanschule" hinausläuft (siehe Minister Boelitz im „Hamburger Korrespondent" vom 8. September), genau dasselbe wie die katholische: unter der Maske der „christlichen Lehre", des „christlichen Geistes", der „christlichen Sittlichkeit" eine hundertprozentige Reaktion in der Schule zur Niederhaltung der proletarischen Klasse.

Für die Arbeiterklasse macht es keinen wesentlichen Unterschied, ob sie nach der Methode der evangelischen Bourgeoisie, oder nach der Methode der katholischen Bourgeoisie gefesselt und unterdrückt werden soll. Sie muß mit der größten Erbitterung gegen jede Methode der Schulreaktion kämpfen.

Die Sozialdemokratie hat das historische „Verdienst", im Jahre 1918 die deutsche Bourgeoisie vor dem Untergang gerettet zu haben. Sie hat ihr durch ihre Zustimmung zu dem berüchtigten Schultkompromiß der Weimarer Verfassung auch die Plattform gegeben zu ihrem gegenwärtigen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse. Mit dem Absatz 1 des Artikels 146 der Verfassung hat die Sozialdemokratie die Arbeitermassen betrogen, so lange die Bourgeoisie schwach war. Dort wird die organische Einheit des Schulwesens unter Ausschaltung der Konzessionen festgelegt. Aber im 2. Absatz wird die Zerreißung des Schulwesens auf der Grundlage der Konfessionen erlaubt. Mit dieser Bestimmung und dem Artikel 149 als Rechtsgrundlage führt die Bourgeoisie jetzt, nachdem sie wieder stark geworden, die Schulreaktion zur Vollendung.

Die Sozialdemokratie hat die Erkämpfung eines proletarischen Staates mit proletarischer Schule abgelehnt, um die kapitalistische Klassenherrschaft zu retten und ihr die Schule als Werkzeug gegen das Proletariat zu überlassen. Die Weltlichkeit und Einheitlichkeit des Schulwesens hat die Sozialdemokratie für ein paar „weltliche" Schulen verkauft, um damit den Schulkampf des Proletariats in eine Sackgasse zu führen.

Die Kommunistische Partei wird natürlich die einmal errichteten sogenannten „weltlichen" Schulen gegen die Angriffe der Reaktion verteidigen, aber nicht deshalb, weil diese Schulen an sich für den Klassenkampf des Proletariats einen positiven Wert hätten, sondern nur deswegen, weil der jetzt auch hier in ein akuteres Stadium getretene Kampf mit der Bourgeoisie die von der SPD. irregeführten Proletarierreltern und Lehrer am besten belehrt, daß dieser Weg der Errichtung einzelner „weltlicher" Schulen falsch ist und die Arbeiterklasse vom richtigen Weg ihres Befreiungskampfes „Weltlichkeit des gesamten Schulwesens" abführt.

Aber die Kommunistische Partei hält es für ihre Pflicht, die Arbeiterschaft von der Neuerrichtung solcher einzelnen „weltlichen" Schulen zu warnen, umso mehr, weil die Sozialdemokratie auch jetzt dafür wieder Propaganda macht und dadurch den geschlossenen Kampf gegen die Schultreaktion zersplittert.

Wer sich auf den Weg der Errichtung einzelner „weltlicher" Schulen begibt, begünstigt damit die Absichten der Bourgeoisie auf konfessionelle Zerreißung des Schulwesens, überläßt 98 Prozent der Arbeiterkinder widerstandslos der schwärzesten Reaktion und isoliert ein bis zwei Prozent der Arbeiterkinder und deren Eltern von den Massen des Proletariats.

Wer den arbeiterfeindlichen Charakter der Schule des heutigen Bourgeoisstaates beseitigen will, muß gegen die Zerstörung der wirtschaftlichen und sozialen Existenzbedingungen den Kampf richten. Die Errichtung einzelner „weltlicher" Schulen aber verringert diesen Kampf zu einer Frage lediglich des Unterrichts, erweckt die Illusion, als ob innerhalb des heutigen Staates in „weltlichen" Schulen dauernde und wirkliche Erfolge erzielt werden könnten und führt dadurch die Arbeiterklasse vom richtigen Weg des Kampfes ab.

Der Schulkampf der Arbeiterschaft muß durch die Klasse als Ganzes und für die Klasse als Ganzes geführt werden. Deshalb keine Zerreißung, keine Isolierung in einzelnen weltlichen Schulen, sondern Führung des Kampfes auf breitester Front.

Dieselbe bürgerliche Mehrheit, die die Zoll- und Steuergesetze mit zynischer Brutalität durchpeitscht hat, wird sich auch für die Durchführung der Schulreaktion zusammenfinden. Das sozialdemokratische Gerede, als ob sich durch parlamentarische Anträge diese Absichten der Reaktion vielleicht verhindern ließen, läuft auf eine Täuschung der Massen hinaus. In Wirklichkeit hat sich die Sozialdemokratie längst praktisch auf den Boden der Schulreaktion gestellt, der sie das ganze Schulwesen um den Preis einiger „weltlicher" Schulen verkaufen will.

Demgegenüber hält die Kommunistische Partei an der alten Forderung der Arbeiterschaft fest: Einheitlichkeit, Weltlichkeit, proletarischer Charakter der Schule, die in Sowjet-Rußland bereits verwirklicht ist. Erst mit der Eroberung der politischen Macht wird die Arbeiterklasse imstande sein, die antiproletarische Schule des kapitalistischen Staates in die Schule der proletarischen Klasse zu verwandeln. In der gegenwärtigen Periode, wo sich die deutschen Arbeitermassen erst noch sammeln müssen zur Niederkämpfung der Bourgeoisie, muß der Kampf mit allen Kräften geführt werden:

für Einheitlichkeit des Schulwesens;

gegen die Zerreißung der Schule;

für strengste Trennung von Kirche und Schule;

gegen die Schultreaktion in evangelischer wie in katholischer Form;

für Mitbestimmung der Werktätigen durch ihre Klassenorganisationen an der Schulleitung, Schulverwaltung und Schulkontrolle, auch bei Anstellung, Versetzung und Entlassung von Lehrpersonen;

gegen den Mißbrauch der Schule für die Zwecke der kapitalistischen Klassenherrschaft!

Zentralkomitee der KPD., Sekretariat.

Internationale Genossenschaftstagung

Paris, 12. Oktober. (Eig. Drahtb.) Die jährliche Tagung des **Zentral-Exekutiv-Komitees der Genossenschafts-Internationale**, die in Paris stattfand, ging zu Ende.

Die stark diskutierte Frage, ob den **Genossenschaftsorganisationen der einzelnen Länder innerhalb der Sowjetunion** in der Genossenschaftsinternationale besondere Vertretung zugestanden werden sollten oder **ob die Sowjetunion als Ganzes** in der Genossenschaftsinternationale vertreten sein soll, wurde der nächsten Vollkonferenz der Internationale im Jahre 1927 überwiesen.

Die Tagung beschäftigte sich hierauf mit der **Frage der Beziehungen zwischen der Genossenschaftsinternationale und der Gewerkschaftsbewegung.** Den Ausführungen des Generalsekretärs May, daß eine Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsinternationale wünschenswert sei, trat der englische Vertreter Allen entgegen. Er wandte sich **gegen jede Abweichung** von der alten Politik des Fernhaltens von allen politischen Bewegungen. Eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften — führte er aus — würde **unvermeidlich zur Teilnahme an politischen Fragen führen,** denn die Gewerkschaften hätten sich ja selbst als unfähig erwiesen, das zu vermeiden. Zur Bekräftigung dieser Behauptung verwies er auf den **englischen Gewerkschaftskongreß in Scarborough,** dessen Tagesordnung mehr politische als rein gewerkschaftliche Fragen aufzuweisen gehabt habe. Er beantragte schließlich, den Bericht abzulehnen und erneut die strikte Neutralität der Genossenschaftsinternationale gegenüber allen anderen internationalen Organisationen zu beschließen.

Der Bericht wurde dann noch — wenn auch aus wesentlich anderen Gründen — von den Russen und einem der beiden tschechischen Delegierten kritisiert. Der russische Delegierte, M. Chintschuk, erwiderte, daß der letzte Kongreß der Internationale sich für **gute Beziehungen zu beiden Gewerkschaftsinternationalen,** sowohl der Moskauer als auch der Amsterdamer, entschieden habe. Er erklärte, daß der Vorschlag, **allein mit der Amsterdamer Internationale** in Verbindung zu treten, **gegen den Geist der vorjährigen Entschließung verstoße.**

In der Abstimmung wurde der Vorschlag Allens **angenommen;** die Franzosen und Belgier enthielten sich der Stimme.

Eine Anregung der Russen, eine **internationale Kampagne gegen die Kriegsgefahr durchzuführen, wurde ohne Diskussion verworfen.**

Hauszinssteuer wird an die Großindustrie verschoben

Die Einführung der Hauszinssteuer wurde im Preußischen Landtag **mit Hilfe der Sozialdemokraten beschlossen,** sie sollte angeblich dazu dienen, **Mittel für den Neubau von Wohnungen zu schaffen.** In der Praxis deckte mit den Erträgnissen dieser Steuer der preußische Finanzminister das Defizit seines Etats und bezahlte damit die Gehälter der Beamten.

Der übrige Rest aber, der noch für den Wohnungsbau übrig blieb, wird **verschoben an die großen Industriekonzerne,** die damit sog. „Werkswohnungen" bauen.

So erhielten zwei Siedlungsgesellschaften der AEG. und eines Walzwerks in Heringsdorf bei Berlin Gelder aus den Mitteln der Hauszinssteuer. Damit wurden die Werkswohnungen gebaut, die für die Arbeiter bestimmt sind, die in den Fabriken arbeiten.

Die Arbeiter sind mit der Werkswohnung bedingungslos den Unternehmern ausgeliefert. Denn hört ein Arbeiter wegen zu geringen Lohns oder anderen schlechten Arbeitsverhältnissen auf, muß er die Wohnung sofort räumen. Da kein Arbeiter seine Wohnung verlieren will, schluckt er alle Bedingungen, die ihm gestellt werden.

Tatsächlich wurden im Walzwerk bereits Lohnreduzierungen vorgenommen, die Arbeiter, die sonst innerhalb 14 Tagen die Wohnungen hätten räumen müssen, **mußten** sie annehmen.

Die Hauszinssteuer wird also dazu benutzt, um den Unternehmertum billige und willige Arbeitssklaven zu schaffen.

Kinderreiche Familien, die Gelder aus der Hauszinssteuer für Wohnungsbau fordern, wurden von der zuständigen Stelle in diesem Falle die Regierung in Potsdam, abgewiesen, **weil kein Geld vorhanden sei! Für Unternehmer ist Geld da!**

Man sieht, jede Steuer wird dazu benutzt, um die Machtmittel der Kapitalisten zu stärken.

Der amerikanische Bischof Montgommery Brown exkommuniziert

Wegen kommunistischer Gesinnung

Der amerikanische Bischof William Montgommery Brown, der auch vielen deutschen Lesern durch sein sensationelles und weit verbreitetes Buch „Kommunismus und Christentum" bekannt ist, wurde von der letzten Kirchenkonferenz der Episkopalkirche der Vereinigten Staaten mit 94 gegen 11 Stimmen seiner Priesterwürde verlustig erklärt. Es wurde ihm verboten, weiterhin das Priesterkleid zu tragen und priesterliche Funktionen auszuüben.

Sein „Verbrechen" besteht darin, daß er in seinem erwähnten Buche schrieb: „Man muß die Götter aus dem Himmel und die Kapitalisten von der Erde vertreiben!" Er versuchte, die Zusammenhänge zwischen dem Kommunismus und dem wahren Christentum festzustellen, wobei er natürlich zu heftigen Angriffen gegen die Kirchen kommen mußte. Deswegen mußte der ehrliche Kämpfer um Erkenntnis fallen!

„Die Kirche hat einen guten Magen" — aber die Wahrheit kann sie nicht vertragen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251013-12/fragment/page=0005

Zweiter Tag der JSB.=Konferenz

Das „Volksblatt" hetzt gegen Arbeiterkinder

Was wir vorausgesagt haben, ist eingetroffen. Es ist allerdings noch viel schlimmer eingetroffen, als wir es anzudeuten gewagt hatten. Von allen hallischen Zeitungen hat sich das sozialdemokratische „Volksblatt" am gemeinsten zur Konferenz der klassenbewußten Arbeiterkinder gestellt. Die bürgerlichen Zeitungen halten sich noch in Grenzen, weil ihnen die Ernsthaftigkeit des Sonntag=Aufmarsches vielleicht zu denken gegeben hat. Das „Volksblatt" aber, eine Zeitung, die sich Arbeiterzeitung nennt, hat nichts Eiligeres zu tun, als in den furchtbarsten Tönen von der Konferenz des Jung=Spartakus=Bundes zu „berichten". Es beginnt diesen „Bericht" mit einer bewußten Fälschung. Es zitiert nämlich einen Satz, der angeblich am Sonnabend im „Klassenkampf" gestanden haben soll. **Wir stellen nach mehrmaliger Prüfung fest, daß ein solcher Satz weder am Sonnabend, noch überhaupt im „Klassenkampf" erschienen ist.** Typisch für die ganze Richtung, in der die Gedanken der Herren Kasparek und Ferchlandt gehen, ist die Tatsache, daß auf der gleichen Seite des „Volksblatt" eine Polemik gegen die Deutschnationalen und den „Stahlhelm" veröffentlicht ist, in dem ein weit gemäßigterer Ton angeschlagen wurde. **Natürlich, die Stahlhelmer, die Arbeiter provozieren, sind für das „Volksblatt" nicht so gefährlich wie Arbeiterkinder, die die rote Fahne hochhalten.**

Wie ungeheuerlich die ganze Hetze des „Volksblattes" gegen die Arbeiterkinder ist, geht daraus hervor, daß sogar der hallische Magistrat 200 Mark und eine Kiste Milch für die an der Konferenz beteiligten Kinder zur Verfügung gestellt hatte.

Welch ungeheurer Schwindel der ganze Bericht darstellt, gibt aber die Schilderung im „Volkspark" wieder. Dort heißt es:

„Man kann sich den Verlauf der „Tagung" der Dreikäsehoch ausmalen. Und gar erst die Riesendemonstration, die für den Nachmittag angesetzt war und an der „die gesamte Arbeiterschaft" teilnehmen sollte. Diese bedankte sich aber recht freundlich für die Zumutung, kommunistische „Masse" zu spielen. So zogen denn einige hundert hiesige und auswärtige Kinder und Erwachsene durch das uninteressierte Halle. Rote Frontkämpfer verübten das nötige Getöse, ohnebewuß.s.HV.,rLst.sor,rdgo uml bf überhaupt nicht bemerkt worden wäre. Nach knapp 20 Minuten waren die „Massen" vorüber. Es war ein Bild des Jammers, über das alles großtuerische Geschrei nicht hinwegtäuschen kann, eine Blamage für die kommunistischen Drahtzieher, die mit der mißlungenen Veranstaltung nicht nur ihre eigene Bedeutungslosigkeit erwiesen, sondern darüber hinaus der Oeffentlichkeit das Zerrbild einer Jugendbewegung gegeben haben, wie es kläglicher nicht gegeben werden kann. Die Zerfallserscheinungen der KPD. könnten uns gleichgültig lassen. Die Vergiftung der Jugend ruft jedoch den Protest der gesamten Arbeiterschaft heraus."

Wenn die Herren sozialdemokratischen Berichterstatter sich einmal die Mühe genommen hätten, dem Verlauf der Konferenz — die ja öffentlich tagte — beizuwohnen, so würden sie sich wahrscheinlich ihrer Verleumdungen und frechen Witze schämen. Sie hätten von diesen Kindern sehr viel lernen können an Sachlichkeit, ernsthaftem Arbeitswillen, an Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit ihrer Klasse gegenüber, was bei den sozialdemokratischen Herren vom „Volksblatt" bisher noch nicht zu bemerken war. Jeder hallische Arbeiter aber wird wissen, was es mit dem „uninteressierten Halle" auf sich hat. Die Massen, die am Demonstrationstage die Straßen säumten, sind wahrhaftig nicht uninteressiert gewesen, geschah es doch sogar, **daß den Kindern aus den Reihen der Zuschauenden Blumensträuße überreicht wurden.** Aber ein „Volksblatt" muß wortgetreu unsere Voraussagen erfüllen und von der „Vergiftung der Jugend" reden. **Es muß ausgerechnet die Arbeiterschaft zum Protest herausrufen — gegen die Zölle und Steuern? Gegen die Tatsache, daß die Arbeiter schlecht ernährt sind und daß die Schulen wieder unter kirchliche Obhut kommen sollen? Nein, das „Volksblatt" fordert die Arbeiter zum Protest, weil Arbeiterkinder unter roten Fahnen demonstrieren.**

Dieses Verlangen der hallischen SPD. richtet sich selbst, und es wird keinen ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter geben, der nicht gegen diese wirkliche „Verhetzung" durch das „Volksblatt" seinen schärfsten Protest einlegt.

★

Referat und Diskussion der Pioniere

Gestern morgen begab sich eine kleine Delegation der Konferenzteilnehmer nach dem Gertraudenfriedhof, wo auf dem Grab der Revolutionsopfer ein Kranz niedergelegt wurde. Hier sprachen ein Pionier und ein Vertreter der Roten Hilfe. Darauf sprach die Genossin Frieda Lehmann und schloß mit einem Appell an die Pioniere, die gefallenen Revolutionskämpfer zu rächen. **Der Gertraudenfriedhof glich, wie es in Halle üblich ist, einem Schupo=Heerlager.** Wie gefährlich müssen diese klassenbewußten Kinder dem bürgerlichen Staat schon sein!

★

Inzwischen hatte im „Volkspark" die Konferenz wieder begonnen. Sie wurde mit dem Gesang eines Kampfliedes eröffnet, wie überhaupt nach Abschluß eines Referats, eines Tagesordnungspunktes und vor und nach den Pausen Kampflieder gesungen wurden.

Es erfolgte Diskussion über den am Sonntag gegebenen Bericht von der russischen Pionierbewegung. Die Delegierten stellten Fragen, die von den in Moskau gewesenen Pionieren dann beantwortet wurden.

Hierauf folgte der Tätigkeitsbericht der Reichszentrale des Jung=Spartakus=Bundes seit Weißenfels, den Genosse Ernst gab. Er führte aus: Der Jung=Spartakus=Bund hat sich seit seiner letzten Reichskonferenz mehr als verdoppelt. Doch genügt dies noch nicht. Wir müssen an die Massen der Arbeiterkinder herankommen. Genosse Ernst gab bekannt, daß auf der Reichskonferenz **153 Ortsgruppen vertreten sind.** Die Hälfte der anwesenden Kinder ist in Schulzellen organisiert. Es gilt also in dieser Richtung noch viel Arbeit zu leisten. Der Jung=Spartakus=Bund hat sich in der vergangenen Zeit gut an der Schulkampfwoche beteiligt und auch bei den Wahlen mitgearbeitet. Die Presse hat sich zum Teil besser entwickelt. Sie ist in viel höherer Auflage vertrieben worden, aber nicht an Indifferente und Gegner, für die sie doch in der Hauptsache bestimmt ist. **Vor allem muß der JSB. ein enges Kampfbündnis mit dem Kommunistischen Jugendverband herstellen.**

Die Diskussion über diesen Punkt gestaltete sich außerordentlich anregend. Aus allen Bezirken, Wasserkante, Bremen, Mittelrhein, Ost= und Westsachsen, Ostpreußen, Berlin usw. meldeten sich die Pioniere zur Diskussion. Sie sprachen mit großer Klarheit und Sachlichkeit über ihre Erfahrungen auf dem Gebiete der Agitation in den Schulen, bei Wahlen, zusammen mit der Partei und Jugend. Es wurde aber immer wieder hervorgehoben, daß die Jugend und Partei in vielen Fällen nicht die Bedeutung der Pionierbewegung erkannt haben und daß in Zukunft eine festere Zusammenarbeit ermöglicht werden muß.

In diese Diskussion wurde auch auf das kommende Reichsschulgesetz eingegangen. Die Kinder verlangten vollständige Aufklärung darüber und forderten den schärfsten Kampf gegen dieses Gesetz, das die Schule wieder vollständig der Kirche ausliefern will. In diesem Kampf muß der Jung=Spartakus=Bund von der Partei unterstützt werden. **Die Pioniere richteten einen Appell an die Reichstags= und Landtagsfraktionen der Kommunistischen Partei, den schärfsten Kampf gegen dieses Gesetz aufzunehmen.**

Die Jung=Pioniere diskutierten auch über die weltliche Schule und betonten, **daß die weltliche Schule keineswegs das Paradies sei und daß die Kinder auch dort nichts lernen, was die Arbeiterklasse anginge.** Die Pioniere beklagten sich, daß in den Parteizeitungen so wenig Platz für ihre Artikel und Berichte zur Verfügung gestellt werde. Eine rühmliche Ausnahme davon mache der hallische „Klassenkampf". Mit einem Kampflied wurde die Diskussion beendet.

★

Am Nachmittag wurde von einem Thüringer Jung=Pionier über den Schulkampf berichtet. Er führte eine Menge Einzelheiten dazu an Erfahrungen aus, die in Thüringen mit dem Kampf gegen prügelnde Lehrer gemacht wurden. Aber er nahm auch prinzipiell Stellung zu der Schulfrage überhaupt und wies nach, warum die Art des bürgerlichen Unterrichts gegen die Interessen der Arbeiterkinder gerichtet ist. Die Schule wolle die Arbeiterkinder zu gefügigen Lohnsklaven erziehen. Der Pionier schildert das Elend, indem Arbeiterkinder in Thüringen leben müssen. **So haben in einer Familie zwei Jungens zusammen nur eine Hose, die sie abwechselnd tragen müssen.** Auf Grund der außerordentlich aktiven Arbeit der Schulzellen sind diese dann in Thüringen verboten worden. Der Genosse bewies, wie man den Lehrer mit Fragen in die Enge treiben müsse, wie Arbeiterkinder kein Vaterunser beten, sondern vor der ganzen Klasse das „Vater unser, der du bist im Geldschrank" zitieren können. Die Delegierten hörten diesem Bericht mit großer Aufmerksamkeit zu. Heute wird die Diskussion darüber stattfinden.

★

Abschluß der Leiterkonferenz

Die Reichskonferenz der kommunistischen Lehrer und Leiter der kommunistischen Kindergruppen fand gestern ihren Abschluß. Nach ausführlichen Diskussionen, in denen über die zukünftige Arbeit gesprochen wurde, nahm die Leiterkonferenz einstimmig folgende Resolution an:

Die 2. Reichskonferenz der Leiter des JSB.=Deutschlands erklärt sich nach Anhören der Berichte über die 2. internationale Konferenz der Leiter der kommunistischen Kindergruppenbewegung in Moskau mit den Beschlüssen der Konferenz voll und ganz einverstanden und beschließt, die von der Konferenz durchgeführte Wendung in der internationalen KKG.=Bewegung in Deutschland mit allen Kräften in der Tat durchzuführen.

Besonders betont die Konferenz die Wichtigkeit des Kampfes gegen das Kinderelend und Kinderausbeutung als des wichtigsten Mittels zur Mobilisierung der breiten Massen der Arbeiter= und Bauernkinder für die Arbeit des JSB. und ihre Einreihung in den JSB. und erklärt, daß der bevorstehende Kampf gegen das Reichsschulgesetz in die Schulreaktion überhaupt in engster Verbindung mit diesem Kampfe gegen Kinderelend und Kinderausbeutung geführt werden muß. Die Konferenz fordert alle Organisationen des JSB. auf, den Kampf in diesem Sinne energisch zu beginnen.

Die Konferenz begrüßt den Beschluß der internationalen Konferenz zur Verstärkung der internationalen Leitung der kommunistischen Kinderbewegung und verspricht dem EK. der KJJ. vollständige Unterstützung und Hilfe (durch regelmäßige Verbindung und systematische Mitarbeit) zu geben.

Ferner wurden Anträge angenommen zur Herausgabe eines Jung=Spartakus=Liederbuches und anderen Materials für die Pionierbewegung. **Ein Organ für die Leiter im Reichsmaßstabe herauszugeben, wurde nicht beschlossen, dafür aber soll „Das proletarische Kind" weiter ausgebaut werden.**

★

Film=Abend

Der Abend rief die Jung=Pioniere und ihre Quartiergeber wieder in den großen „Volkspark"=Saal zusammen, der so überfüllt war, daß der zur Vorführung des Films erforderliche Platz erst freigemacht werden mußte. Wer infolgedessen weggehen mußte, ohne den Film gesehen zu haben, mag erfahren, **daß heute abend dieselbe Vorführung in „Volkspark" stattfinden wird.**

Bevor der Film vom Kinderheim „Mopr" abgerollt wurde, sprach Genosse Weise über die Rote Hilfe. Der Film selbst, dessen ausführliche Besprechung wir breits veröffentlicht haben, ist die beste Propaganda für die Rote Hilfe. Neu wurde der hallischen Arbeiterschaft der Film vom Roten Antikriegstag der KPD und des RFB. in Halle und Leipzig gezeigt. Die Kinder, die sich während der Vorführung außerordentlich diszipliniert verhielten, brachen in jubelnden Beifall aus, als Genosse Thälmann auf der Leinwand erschien und zu den aufmarschierten roten Frontkämpfern (ebenfalls auf der Leinwand) eine Ansprache hielt.

Mit dem Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" wurde auch dieser Abend abgeschlossen.

★

Stahlhelmbanditen überfallen Arbeiterkinder

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)

Gestern abend hatte der „Stahlhelm" in der „Saalschloßbrauerei" eine Mitgliederversammlung, in der gegen das Stockverbot und gegen die „Ueberfälle der Roten Frontkämpfer" protestiert werden sollte. Was dort für eine wüste Hetze betrieben worden ist, geht aus den vielen feigen Ueberfällen hervor, die der Stahlhelm auf Arbeiter und Kinder machte. Wer gestern abend zwischen 10 und 11 Uhr durch die Stadt ging, konnte bemerken, wie auffällig die Stahlhelmer sich benahmen. In kleinen Gruppen, meist in Zivil, liefen sie umher, oft stehen bleibend und sich umsehend. Man merkte, es war etwas geplant. **Wahrscheinlich wollten sie ihre Wut darüber auslassen, daß ihre Versammlung von der Polizei auseinandergesprengt wurde. Es muß eine furchtbare Hetze dort betrieben worden sein, sonst wäre wohl die ziemlich stahlhelmfreundliche Polizei nicht eingeschritten.**

Als die Filmveranstaltung im „Volkspark" zu Ende war und die Arbeiter und Kinder nach Hause gingen, wurden sie vielfach von Stahlhelmern feige und hinterlistig überfallen. In der **Leipziger Straße** kam ein Trupp Jung=Spartakus=Kinder, die in ihre Quartiere zurückwollten. Sie waren von einigen Jungstürmern begleitet. An der Ulrichskirche stürzten plötzlich Stahlhelmer aus den Seitenstraßen und schlugen blindlings auf Kinder und Jungstürmer ein.

Ein Jungstürmer wurde durch einen schweren Schlag über den Hinterkopf gefährlich verletzt.

Er mußte nach Anlegung eines Notverbandes auf der Roten=Kreuz=Wache nach der Klinik gebracht werden, wo er dann ärztliche Behandlung fand. Zu erwähnen ist noch, daß aus dem Hause Ecke Leipziger= und Brauhausstraße **mit einem Bierglas auf die Kinder geworfen wurde.**

In der **Burgstraße überfielen Stahlhelmer Kinder,** schlugen auf sie ein. Dabei wurde

einem kleinen Berliner Jungen ein Auge zerschlagen.

Ob das Auge noch zu retten ist, ist sehr zu bezweifeln.

Am **Alten Markt** stürzten sich 13 Stahlhelmer mit **Gebrüll auf** 3 Jungstürmer, die sich nur durch die Flucht retten konnten.

Wenn es sich um wehrlose Kinder handelte, hatte das Mordgesindel einen seltenen Mut, sahen sie aber erwachsene Arbeiter kommen, verkroch sich das Gesindel voll feiger Angst vor Proletenfäusten. So am **Pfälzer Schießgraben,** wo eine Meute stand, um Proletenkindern aufzulauern und über sie herzufallen. Als sie aber sahen, daß einige erwachsene Arbeiter dabei waren, nahmen sie schnell Reißaus.

In der Schmeerstraße wurden Arbeiter von Stahlhelmern verfolgt. Als sie aber die entschlossene Haltung der Arbeiter sahen, wurden sie naß in der Hose und suchten sich zu verduften. Zwei Schupobeamte vom Markt stellten sich zwischen beide Trupps, da bekamen Deutschlands Helden wieder Mut. Ein Passant sagte dem einen Schupo, daß er gesehen habe, wie ein Stahlhelmer (den er zeigte) einen Revolver gezogen habe und forderte dessen Untersuchung, die der Schupo ablehnte.

Man konnte bemerken, daß die Schupo fast überall, selbst da, wo Kinder überfallen wurden, auf Seite der Stahlhelmer stand. Man wird nun wohl in den nationalistischen Schmierblättern lesen können, daß Arbeiterkinder über arme, wehrlose und friedliche Stahlhelmer hergefallen sind und diese übel zugerichtet haben. Die Arbeiter können aber aus den vorstehend geschilderten Tatsachen ersehen, wie es in Wirklichkeit aussah und werden die Notwendigkeit anerkennen, auf der Hut zu sein und, wenn es sein muß, den Kampf aufzunehmen gegen die Reaktion und ihre Helfer.

Heute abend 8 Uhr im „Volkspark" nochmals Vorführung des „Mopr"= und Antifaszisten=Films

---

Bericht der deutschen Arbeiterdelegation über Rußland

Anfang November erscheint im Neuen Deutschen Verlag der Bericht der deutschen Arbeiterdelegation über ihre Reise durch Rußland. Der Bericht wird 10 Bogen stark, und die schon jetzt vorliegenden Bestellungen lassen eine Auflage von 100 000 erwarten.

Theater und Konzerte

Die Bajadere, Operette in drei Akten von Kálmán

Es erfreut immer wieder das Herz, unser gutes Stadttheater auf einem Ausflug in die große Welt zu begleiten. Diesmal ist es die Pariser Lebewelt, deren Atmosphäre so stilecht vorgezaubert wird, daß die Pariser sich selbst nur als Kopien des hallischen Stadttheaters erscheinen könnten, wenn sie es sähen. Aber sie dürften ja natürlich nicht herein, das litte der Nationalstolz nicht; nur auf der Bühne mag man sie bewundern, wie sie lieben und geistvoll sein können. Ach, die Schar Klubherren! Erst dachte ich, es wären die Kurrenteschüler und sie würden gleich: „Lobe den Herrn!" anstimmen. Aber der kleine Süße an ihrer Spitze war Graf und warf mit Fünfundzwanzigtausend=Franken=Geschenken nur so um sich, als würde er sie auf der Stelle von seiner Gage bezahlen. Diesmal ist es ein indischer Fürst, der die Aufgabe hat, den ganzen Abend über furchtbar zu lieben und geliebt zu werden: Radjami, Prinz von Lahore — schon der Name ist das halbe Eintrittsgeld wert. Wie ein echter indischer Fürst aussieht, weiß jeder gebildete Mensch aus dem Kino. So konnte es denn Kurt Schütt nicht schwer fallen, einen Inder und Fürsten auf die Bühne zu stellen, so distinguiert und vornehm, daß man ihn einfach von keinem Kinoprinzen unterscheiden kann. Noch dazu mit einem Paletot, in den man sich gleich verliebt. Dieser Paletot ist der Clou vom Abend. Nur müßten es die Diener lernen, wie man ihn einem feinen Herrn abnimmt. Schließlich ist so ein Prinz kein Prolete, der selber aus den Aermeln kriechen kann. Wüßte Schütt immer, was er mit seinem stimmlichen Material anzufangen hat, könnte er Beachtliches bieten. Also er verliebt sich in Odette Darimonde, die gefeierte Sängerin einer Pariser Bühne und will sie innerhalb zwei Stunden heiraten. Den Pastor, oder was man in Kino=Indien für solche Zwecke braucht, führt er immer bei sich.

In Indien macht man bekanntlich mit Hypnose die schwierigsten Sachen. Das will er auch hier — ausgerechnet bei Odette Darimonde, noch dazu, wo sie von Martha Römer gesungen wird, wenn man es übertrieben so nennen will. Aber sie fällt nicht darauf hinein. So schnell geht das in Halle nicht, sagt sie und blamiert ihn furchtbar vor allen Leuten. Das ist eine riesig tragische Szene. So ähnlich war es auch schon in der Gräfin Mariza. Aber natürlich ist sie doch in ihn verliebt und nimmt ihn, nachdem er genügend blamiert ist, im dritten Akt. Eigentlich ist das die Haupthandlung. Aber was hätte denn da Anny Kunze gemacht, wenn ihr Paul Herlt nicht die Nebenhandlung recht schön breit herausgeholt hätte? Am Ende ist die Nebenhandlung die Haupthandlung und das würdige Liebespaar dient nur als Folie für das Trio Kunze, Herlt und Max Stojewski mit auswechselbarer Ehe und höherem Blödsinn, vielen Tanzeinlagen und einer Glanznummer Stojewskis als Mixer. Als solcher wird er nur noch von einem übertroffen: von Kálmán, dem Verfertiger der Musik — der mixt von Richard Wagner bis zu Chokolate Kiddies alles zusammen, auch das Spülwasser von älteren Operetten und sonstiges Aufgewärmtes. Er spiegelt das Schwanken zwischen Aufgepeitschtem und Sentimentalität der Schicht, für die er schreibt und für die das Theater da ist, getreulich wieder. Seine Musik ist wie diese Schicht, ohne Zentrum, und lebt von Augenblick zu Augenblick. Dieses Gefühl der völligen Auflösung ist hier noch stärker geworden als in der Gräfin Mariza. **Die Mariza hatte mehr Tempo und unmittelbare Fülle. Auch der Humor Herlts als Spielleiter** fängt an, sich zu wiederholen. Trotzdem wird die Bajadere die Saison durchhalten und Kasse machen. Walter Schonk, der als musikalischer Leiter Geschmack und Takt bewies, wird am Ende der Saison alle Bajaderen der Welt verwünschen. Das ist der sittliche Wert der Kunst. R.

UT. Alte Promenade. Rin=Tin=Tin rettet seinen Herrn. Wenn Tiere filmen, kann man immer auf schöne Aufnahmen rechnen. Ob der Hund deutscher Herkunft ist oder amerikanischer (denn darüber streitet man sich), ist einerlei. Rin=Tin=Tin beherrscht seine Aufgabe voll und ganz. Die Handlung im Film ist wenig wert. Sie bleibt jedenfalls im Rahmen des üblichen. Rin=Tin=Tin ist aufmerksam, klug und beherrscht, er versetzt das Publikum in helle Verwunderung durch den hohen Sprung aus dem Hundeasyl. Er wiederholt den Sprung noch einmal im letzten Akt, indem er den Kamin des Gerichtshauses erklimmt. Nimmt immer wieder einen Anlauf, weil der Schornstein gar so hoch ist, bis es ihm endlich doch gelingt und er im Rußloch verschwindet. Der Film bietet noch sehr reizvolle landschaftliche Aufnahmen. Im anderen, auch amerikanischen Film, „Die junge Stadt", hat die Hauptrolle ein sehr gefühlvoller zehn= bis zwölfjähriger Knabe mit einer burschikosen und rauhen Schale. Ich wollte, wir hätten auch soviel Geld, den Knaben ein Grundstück zur Verfügung zu stellen, auf dem sich ihre Talente und Begabungen ungehindert in jeder Richtung hin ausdehnen können. Was ein Kind braucht, muß es haben, um ein Mensch zu werden. Dem Proletariat wird auf diese Weise jedenfalls nur vor Augen geführt, was man seinen Kindern vorenthalten muß.

Pirandello im hallischen Stadttheater. Der italienische Dichter Pirandello, der in diesen Tagen mit den Schauspielern des Teatro d'arte sein Berliner Gastspiel im Staatstheater beginnt, wurde von Intendant Dietrich zu einem Gastspiel in Halle eingeladen. **Das Gastspiel findet nunmehr definitiv am 27. Oktober statt.**

Nickel und die 36 Gerechten. Als nächste Uraufführung bereitet das Stadttheater Hans J. Rehfischs „Nickel und die 36 Gerechten" vor. Rehfisch hat hier wieder sein Hauptproblem behandelt, die Menschheit durch einen gottgefälligen, gerechten Lebenswandel zu bessern. Es sei hier an Rehfischs „Juckenack" und „Chauffeur Martin" erinnert, in denen dasselbe Problem zu starker Charakteristik gestaltet wurde. Die Uraufführung geht am Sonntagabend in Szene.

Gastspiel des Mitteldeutschen Landestheaters. Im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Volksbühne wird am 17. Oktober, abends 7½ Uhr, im Thalia=Theater das Mitteldeutsche Landestheater mit dem „Urfaust" gastieren. Mit dem Werk eröffnete das Landestheater das zweite Spieljahr und fand auf seinen Gastspielreisen damit die vollste Anerkennung bei Presse und Publikum. **Goethes Faust in ursprünglicher Gestalt bedeutet in der Wiedergabe des Landestheaters (Bühnenbild und Spielleitung: Ernst Reschke) ein literarisches Ereignis.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251013-12/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis

Beschafft Quartiere für den Jugendkongreß!

Der Reichskongreß des Jung-Spartakus-Bundes geht heute zu Ende. Die hallischen Eltern haben ihre Solidarität und Opferwilligkeit durch eine herzliche und liebevolle Aufnahme der Jung-Pioniere bekundet. Viele haben trotz Anmeldung keinen von den auswärtigen Delegierten beherbergen können, und sind darüber arg enttäuscht und verärgert. Wir appellieren hiermit an alle diejenigen, welche keinen Jung-Pionier bekommen haben, und auch an die Genossen, deren Quartiere belegt werden konnten, und bitten sie, ihre Gastfreundlichkeit auch bei der Abhaltung des

Kongresses des Kommunistischen Jugend-Verbandes vom 15. bis 18. Oktober in Halle

wirken zu lassen.

Zirka 400 Quartiere werden benötigt. Deshalb, Genossen, übt proletarische Solidarität und gebt uns zu unserem Kongreß Quartier. Quartiere können angemeldet werden **Lerchenfeldstraße 14, Jugendsekretariat, oder „Volkspark", Zimmer 3.**

Mißstände in der Hautklinik Halle

(Arbeiterkorrespondenz)

Zweck dieses Artikels ist, die Oeffentlichkeit und Arbeiterschaft auf soziale Zustände aufmerksam zu machen, wie sie wohl schlimmer kaum in anderen Städten und zu anderen Zeiten herrschen, als jetzt hier in der Hautklinik, Grünstraße 7/8. Jetzt, wo so energisch Front gemacht wird in Wort und Schrift (aber nicht in Taten) gegen Schäden aus der Kriegszeit, besonders gegen die verheerenden Geschlechtskrankheiten, muß man sich wundern, wie so etwas möglich ist. Wenn man die Hautklinik mit alledem vergleicht, was zur Bekämpfung der Seuche geschrieben wird, muß man sich unwillkürlich fragen, wie es möglich ist, daß gerade in einer Universitätsstadt Räume in der Klinik vorhanden sind, die den Besucher beim ersten Anblick wie die einer Herberge anmuten, doch aber dazu dienen, Krankenkassen-Patienten aufzunehmen, deren Leiden doch in erster Linie Sauberkeit verlangt.

Baden scheint hier nicht bekannt zu sein, da ja auch der Zustand der Badeeinrichtung es nicht zuläßt, dieselbe jederzeit zu benutzen. Falls es die Patienten wünschen, diesen Luxus ihrem Körper zu gewähren, müssen sie sich selbst Feuerung ranschaffen und anheizen. Die Badeeinrichtung genügt für zwei bis drei Personen, ist aber für eine Station von 20 Kranken unzureichend ist. Uebrigens ist die Wanne so sauber, daß man sich scheut, hineinzutreten, geschweige noch hineinzulegen. Wie sieht es aus mit der Bettwäsche? So, daß Patienten neun Wochen und noch länger ihre Bettwäsche in Gebrauch haben. Wie dieselbe dann aussieht, bedarf wohl keiner Erklärung. Verläßt ein Patient die Anstalt, bleibt das Bett ungesäubert stehen, Matratzen lüften und klopfen kennt man hier nicht. Ein neuer Patient legt sich wieder in den Dreck hinein. So ist es kein Wunder, daß einzelne Stuben mit Ungeziefer versaut waren, welches neue Patienten dann an ihrem Körper zu spüren hatten, was wohl nicht gerade zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten dienlich ist! Hemden werden den Patienten nicht gewährt und dadurch passierte es, daß ein Patient mit einer von einem alten Leiden hervorgerufenen Wunde an den Leistendrüsen zirka vierzehn Tage sich mit seinem von Blut und Eiter beschmutzten Hemd begnügen mußte. Ebenfalls die mangelhafte Behandlung der Wunden möchte ich nicht vergessen. Letztgenannter Patient wurde dreimal täglich verbunden, wegen Fehlens von Verbandsmaterial blieb die Wunde eines Tages bis zum späten Abend unverbunden. Ein Zustand, der wohl ein krasses Licht aufs Pflichtgefühl von seiten der Verwaltung wirft. Aber die Krankenkassen-Proleten müssen damit zufrieden sein. Bei Neuaufnahmen wird die Bettwäsche erst spät abends ausgegeben, daß Kranke, deren Leiden strengste Bettruhe erfordert, von frühmorgens bis abends 5/7 Uhr warten müssen, ehe sie sich hinlegen können. Noch ein Beispiel von Fahrlässigkeit (besser gesagt Schweinerei). Der Tee für Tripperkranke wird in einem Behälter gekocht, in dem vorher die Gläser warm gemacht werden, in welchen sich andere ihre erkrankten Geschlechtsteile baden, so daß eine Infektion nicht ausgeschlossen ist und dann noch vor lauter Ekel der Appetit vergeht. Scheinbar beabsichtigt dieses auch die Verwaltung, was auch bei der Beschaffenheit der anderen Speisen zu merken ist! Ich empfehle den Leser dieses Artikels zwecks Ueberzeugung sich Sonntag abend eine Probe von dem in der Hautklinik verabreichten Tee zu verschaffen, der schon durch seinen Geruch Verwandtschaft mit Abwaschwasser bekundet, abgesehen von dem Geschmack. Nach Aussage der Köchin soll es bester chinesischer Tee sein. Ich muß mich heute noch ekeln, wenn ich an die Suppe denke, wo Maden als Fleischersatz drauf rumschwammen.

Die Folgen unserer Beschwerde waren, daß der dort beschäftigte Schlosser (welcher nach seinen Angaben im Besitz des Einjährigenzeugnisses war, aber auch noch von süßem Wein) erklärte: Es sei doch wirklich nicht so schlimm, beim Militär hätte er öfter Maden im Essen gefunden; übrigens, wo Mehl ist, wären auch Maden. Schlußresultat war, daß wir mit Kohldampf, dafür aber um so mehr mit geistiger Nahrung ins Bett gingen.

Als sich am folgenden Morgen zwei Mann zum Inspektor begaben, um im Namen aller vorstellig zu werden, daß das Essen sauberer und besser werden muß, wurde ihnen zur Antwort, daß die Hautklinik ohne Zuschüsse an Geld von seiten des Staates oder der Stadt Halle bliebe, ebenfalls müßte die Verwaltung Reparaturen und Erneuerungen in der Klinik von den Geldern ausführen lassen, die doch eigentlich hauptsächlich zur Wiederherstellung und Verpflegung der Patienten von seiten der Krankenkassen gezahlt werden, bestreiten.

Ein energisches Einschreiten der Kassen wäre unbedingt erforderlich.

Daß es durch diese Zustände manchmal zu Ausschreitungen kommt, ist wohl ganz erklärlich. Ausschreitungen, die erkennen lassen, daß das Pflegepersonal nicht weiß, wie weit seine Befugnisse den Patienten gegenüber gehen. So geschah es, daß eines abends der Krankenpfleger sämtliche Türen der Krankenzimmer abschloß mit der Begründung, daß auf dem Korridor kein Unfug getrieben wird! Aber nach halbstündigem Klopfen und Rufen wurde keine Tür geöffnet. Die Patienten sahen sich gezwungen, die Tür einzuschlagen, um ihre Notdurft zu verrichten. Bei seiner Rückkehr beschimpfte der Pfleger die Patienten der Stube mit den gemeinsten Redensarten und bedrohte den Haupttäter sogar mit seinem Stocke. Verstöße, die das Gesetz Freiheitsberaubung, Nötigung, Beleidigung nennt, scheinen hier volle Rechte der Wärter zu sein. Denn am nächsten Tage wurde der Patient wegen Verstoßes gegen die Hausordnung entlassen, trotzdem er noch nicht ärztlich untersucht worden war und durch die Entlassung und Nachlässigkeit sein Leiden gefährlich werden kann. Aber ein Proletenleben ist nichts! Es gibt viel von der Sorte. In der ersten und zweiten Station, in welcher Menschen liegen, passiert so was nicht. Diese bekommen auch Hausschlüssel, um in Halle spazieren gehen zu können. Ob damit die Geschlechtskrankheiten ausgerottet werden, ist fraglich. Der arme Prolet als Kassenpatient wird eben nicht als Mensch betrachtet.

Es würde Bände füllen, alle anderen Mißstände niederzuschreiben, daß die Pflege bettlägeriger Kranker ganz fehlt, Nachtklingeln ebenfalls, Einstellung von unkundigen Wärtern und noch vieles andere. Doch ich glaube, daß schon dieses genügt, um maßgebende Stellen auf diese miserablen Zustände hinzuweisen. Es wäre die höchste Zeit, einzuschreiten und Abhilfe zu schaffen.

Ein Patient von der Hautklinik.

„Altershilfe für Proletarier"

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben:

Möchte die Redaktion bitten, anläßlich der großen Agitation der Altershilfe folgendes zu veröffentlichen: Mein Vater, 65 Jahre alt, den das Leben auch hart mitgenommen hat, gedachte als Invalide in seinen alten Tagen ohne Kummer und Sorgen leben zu können. Er ließ sich von der Gemeinde seines Wohnortes (Kleinpaschleben bei Köthen) nach der Landesfichenanstalt Hoym abschieben. Dort verlebte er rosige Zeiten. Er beschwerte sich bei mir durch Briefe, schrieb auch an die Kreisdirektion über die Mißstände und Behandlung in der Anstalt. Als er krank war, wurde er gezwungen, von früh bis abends Arbeiten zu verrichten. Als er den Arzt verlangte, kam dieser erst nach zwei bis drei Tagen. Um nun zu guter Letzt auch auf meine Beschwerden den lästigen Insassen loszuwerden, kam der Vorstand der Landesfichenanstalt Hoym, eine Pastorentochter mit dem Direktor der Irrenanstalt Bernburg, überein, meinen Vater in die Irrenanstalt zu bringen. Dort sollte er auf Grund seiner dauernden Beschwerden, und weil er sich einmal weigerte, in die Anstalt zurückzukehren, angeblich auf seinen Geisteszustand untersucht werden. Was voraussehen war, wurde zur Tatsache. Der Direktor erklärte ihn für geistig minderwertig, auch mir gegenüber. Auf meine Frage, wie er dazu käme, gab er die Gründe, wie schon angeführt, an.

Etliche Anstaltsbeamte gaben ihrer Verwunderung Ausdruck und stellten an mich die Frage, weshalb mein Vater in der Anstalt sei und wie er hineingekommen sei. Einen vernünftigeren Mann gäb es in der Anstalt überhaupt nicht.

Das Motiv ist einzig und allein die Angst vor meinem Vater, er könnte die Zustände des Siechenhauses ans Tageslicht bringen. Seit Weihnachten 1923 ist er der Freiheit beraubt, bekommt keinen Urlaub und wird behandelt wie ein Gefangener. Alle meine höflichen, wie energischen Schreiben bis ans Wohlfahrtsministerium Dessau wegen Urlaubs und dergleichen haben nicht genützt. Die Briefe zwischen mir und meinem Vater werden geöffnet und nicht passende zurückbehalten.

So sieht die Altershilfe für Proletarier im kapitalistischen Staate aus. Arbeiter, wehrt Euch dagegen!

Tätigkeit der Feuerwehr im Monat September

Im Monat September wurde die Feuerwehr 329mal alarmiert. Die Alarmierungen betrafen ein Großfeuer, ein Mittelfeuer, drei Kleinfeuer, 324 Hilfeleistungen usw. und Krankentransporte.

* **Proletarische Tribüne.** Morgen abend 8 Uhr müssen alle Mitglieder im „Volkspark" erscheinen Es werden außerdem einige ältere Genossen und Genossinnen gewünscht, die keine Rollen zu lernen brauchen.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Heute abend 8 Uhr im „Volkspark", Mittelzimmer,

außerordentliche Mitgliederversammlung

Alle Genossen, welche nachmittags Arbeitsschluß haben, sofort im Jugendsekretariat melden. Sammellisten müssen sofort abgerechnet werden.

Neues aus aller Welt

Schwerer Straßenbahnzusammenstoß

Berlin, 12. Oktober. Heute nacht hat sich in Tegel in der Seidlitzstraße ein schwerer Straßenbahnzusammenstoß ereignet. Der Straßenbahnwagen Nr. 27, der dicht hinter dem Wagen Nr. 25 fuhr, fuhr in voller Fahrt auf diesen an der Haltestelle haltenden Zug auf. Der Anprall war von solcher Gewalt, daß der Anhänger des Wagens Nr. 27 vollständig aus den Schienen geworfen und zertrümmert wurde. 15 Personen erlitten Schnitt- und Quetschwunden, die jedoch zum größten Teil leichter Natur waren. Die Ursache des Zusammenstoßes soll darin liegen, daß die Stromzuleitungsstange des Wagens Nr. 27 aus dem Leitungsdraht glitt, und der Führer infolgedessen vollständig die Gewalt über den Wagen verlor und dadurch auf den bereits haltenden Wagen Nr. 25 auffuhr.

Schweres Autounglück bei Primkenau

Glogau, 10. Oktober. Heute früh um 7 Uhr ereignete sich bei dem Bahnübergang an der Christianshütte bei Primkenau ein schweres Automobilunglück. Das mit drei Personen besetzte Hüttenschutzauto wurde beim Ueberqueren des in letzter Zeit nicht mehr durch Schranken gesicherten Ueberganges von der Lokomotive des fälligen Personenzuges erfaßt und völlig zertrümmert. Auch die Lokomotive erlitt solchen Schaden, daß sie ihre Fahrt nicht fortsetzen konnte. Die drei Getöteten sind die Arbeiter Weihrauch und Beier aus Primkenau und der Arbeiter Reimann aus Neuhammern (Kreis Glogau).

Schweres Bauunglück

Berlin. Die Morgenblätter melden aus Ilmenau: In einem Neubau der Egerschen Porzellanfabrik Martinroda bei Ilmenau erfolgte gestern abend ein Deckeneinsturz. Mehrere Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Bisher wurden drei Tote geborgen.

40 000 Mark Fehlbetrag in einer staatlichen Kasse

Bei einer unvermuteten Revision einer staatlichen Kasse in Hersfeld fehlten nach Blättermeldungen 40 000 Mark. Gegen den leitenden Beamten der Kasse, der sofort seines Amtes enthoben wurde, ist Untersuchung eingeleitet.

Fliegerabsturz bei den Segelwettflügen in der Krim

Moskau, 10. Oktober. Bei den Segelwettflügen in der Krim stürzte gestern einer der besten russischen Segelflieger, Sernow, aus nur 18 Meter Höhe tödlich ab.

Ein Vergnügungsdampfer gekentert

Neuyork, 12. Oktober. An der Florida-Küste ist bei schwerem Seegang ein Vergnügungsdampfer gekentert. 17 Personen sind als Leichen geborgen, 15 werden noch vermißt. Weitere sechs Personen wurden leicht verletzt.

Die gedungenen Mörder des Professors Rosen

Berlin. Wie der „Lokalanzeiger" aus Breslau meldet, hat das Ermittlungsverfahren in der Mordsache Rosen folgendes ergeben: Die verhaftete Wirtschafterin Neumann hat in Gegenwart ihrer Tochter, der jungen Frau Standtke, zwei Männer zur Beseitigung des Professors Rosen und des Schuhmachers Stock gedungen. Den Tätern wurde für die Ausführung der Tat 200 Mark im voraus gezahlt, mit dem Versprechen, sie sollten nach Erledigung ihrer Aufgabe weitere 1000 Mark erhalten.

Eisenbahnunfall

Lippstadt. Auf der Strecke Lippstadt (Nord)—Hauptbahnhof ereignete sich ein Eisenbahnunfall. Es entgleisten zwei Wagen des Zuges von Bekum nach Lippstadt. Da die Wagen sich auf die Seite legten, entstand unter den Reisenden eine große Panik. Es wurden insgesamt fünf Personen verletzt, darunter eine schwer, die ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Von einem wütenden Hirsch angenommen

Ein Förster in Stolzenberg im Kreise Landsberg a. d. Warthe wurde bei einer Hirschjagd, auf der ein starker Zwölfender krank geschossen worden war, beim Nachsuchen von dem Tier mit gesenktem Geweih angegriffen. Der Förster konnte nur noch schnell zum Schutze seines Gesichtes die rechte Hand vorstrecken, an der er so schwere Verletzungen erlitt, daß er sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Arbeiter-Sport

Weitere Resultate vom Sonntag:

Teicha 3. — Giebichenstein 2. 1 : 3.
Minerva 2. — Zörbig 2. 5 : 1.
Fortuna 5. — Sportlust 3. Fortuna erhält die Punkte, da Sportlust nur fünf Mann zur Stelle hatte.
Diemitz 2. — Gröbers 3. 6 : 0.
Giebichenstein 3. — Minerva 3. 1 : 4.
Löbejün 1. — Viktoria 3. 3 : 2.
Giebichenstein Jugend — Ammendorf Jugend wird neu angesetzt.
Teicha Jugend — Bruckdorf Jugend 3 : 2 (Protest).

Arbeiter-Wanderbund Naturfreunde, Ortsgruppe Halle. Der heutige Gruppenabend muß infolge des ISB.-Filmvortrags ausfallen. Gruppenabend findet in dieser Woche noch statt.

Verantwortlich: Max Ledemann Eisleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Krab, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

16]

Stepans Teppich

Eine Erzählung aus dem Leben der Wolgadeutschen von **Béla Illés.**
Deutsch von **Stefan J. Klein.**

„Es wird bei uns so viel wachsen" — pflegte Karl Schmidt zu prophezeien — „daß ganz Rußland von uns das Brotgetreide kaufen wird."

Karl Schmidt selbst strengte sich mit der Arbeit nicht sehr an. Er klagte bald über Brust-, bald über Kopfschmerzen, verbrachte aber trotzdem den ganzen Tag auf den Feldern, tummelte sich überall herum, bald hier mit einem plaudernd, bald dort einen andern mit seinen großartigen Prophezeiungen vom Schaffen abhaltend.

Doch erwies er sich als schlechter Prophet. Nachdem die Wellen der Wolga zurückgewichen waren, bekamen die Felder kein Wasser mehr zu sehen. Der Himmel blieb unverändert schön, klar, dunkelmehr zu sehen. Der Himmel blieb unverändert schön, klar, dunkelblau. Die Steppe verdorrte vor Glut, und weder das Gebet des Pfarrers, noch der Gesang der Tanzbrüder, noch Schmidts Prophezeiung brachte Regen. Der Frost hatte die Wintersaat vernichtet, und nun bedrohte die Hitze die Frühlingssaat.

Unsang Juni fielen bereits sehr viele Worte über die Hungersnot vor drei Jahren. In der Erinnerung der Leute wurden furchtbare Dinge lebendig . . .

. . . sie flohen gen Westen, immer weiter gen Westen, die Füße waren vom langen, langen Weg wundgelaufen . . . sie aßen Menschenfleisch, ja, Menschenfleisch, Fleisch der Eltern, Fleisch der Geschwister . . . Pest . . . Pest . . .

Die Alten sprachen von Schicksalsschlägen, die vor einem Menschenalter das Dorf heimgesucht hatten. Und die Kinder lauschten den Berichten von den Menschenfleischessern und den lebendig begrabenen Menschen, wie früher den Märchen von Königssöhnen und Feen.

„Gott schlägt immer nur dieses Volk" — klang von allen Seiten die Klage.

„Er zeigt sich uns nur darin, daß er immer neues und neues Unheil über uns schickt."

„Früher kamen von Osten her die kirgisischen Reiter. Im Sack eines Kirgisen hatte verdammt viel Platz, ein kleines Kirgisenpferd konnte den Ertrag sehr vieler Arbeit fortschleppen! Von Westen her kamen die Soldaten des Zaren. Kamen, um die kirgisischen Räuber zu vertreiben, da aber der Sand auch die Spuren der Räuber schon verdeckt hatte, fanden die Soldaten nichts mehr zu tun . . . und sie nahmen dem Volke, was die Kirgisen in der Eile zurückgelassen hatten . . ."

Heute werden die kirgisischen Reiter von den Roten zum Ackerbau gezwungen und auch die Soldaten des Zaren kommen nicht mehr, um die Räuber zu vertreiben, aber der Sand, der Sand . . . Ja, der Sand, der läßt sich auch von den Bolschewiki nicht befehlen. Der Ostwind weht den feinen Sand der kirgisischen Wüste herbei, — der Nordwind bedeckt die Saat mit dem Sand der Wolga. Die Saat kämpft, spannt alle Kraft an, verteidigt sich und bricht schließlich doch zusammen. Sie ist wehrlos gegen den Angriff, so wehrlos, wie einst das Volk des Dorfes gegen die Räuber und die Soldaten des Zaren war.

Der Sand . . . die Glut . . . die Dürre siegten.

Mitte Juni konnte man in den „Nachrichten" bereits lesen, daß der Ertrag des Bodens nur den zwanzigsten Teil der Bedürfnisse decke.

Dieses Exemplar der Zeitung verbreitete Kuttner im ganzen Dorfe.

Der Brotpreis stieg binnen weniger Tage um das Doppelte. Aus der ganzen von Deutschen bewohnten Gegend wurde das Vieh massenweise auf den Markt nach Pokrowsk und Marksta getrieben. Küchengeräte, Möbel, Winterkleidung konnte man für einige Kopeken kaufen. Die Leute wußten, was jetzt kommen würde — wer jetzt nicht für den ganzen Winter Nahrung kaufen kann, tut gut daran, Schusters Rappen zu rüsten. Groß ist die Welt ringsum, — rasch — rasch — wehe dem, den der Hunger erreicht.

Die Pfarrer predigten über die strafende Hand Gottes.

Die Tanzbrüder forderten vom Gott der Freuden Tag und Nacht mit lautem Gesang das Wunder. Alte Weiber trieben vor den Augen ihrer Enkel auf König Davids Altar Unzucht.

Fast jeden Tag verbreitete sich die Kunde von Selbstmorden. Einer schnitt sich die Kehle durch, ein anderer erhängte sich. Die Menschen flohen aus Angst vor dem Hunger in den Tod.

Der Vorstand sah müßig zu.

„Jetzt sollen die Bolschewiki helfen, da sie ja in alles die Nase stecken" — sagte Kuttner. — „Helfen sie nicht, um so ärger für sie. Ich werde nicht vor Hunger krepieren."

„Es wäre gut, wenn wir uns zusammentäten und so viel Mehl kauften, wie das ganze Dorf braucht. Das Brot wird im Winter einen schönen Preis haben!"

„Ich kaufe keine Handvoll Mehr mehr, als mein Haushalt benötigt. Wozu? Helfe ich dem einen oder dem andern Bettler, — ich würde dafür vielleicht auch noch bestraft. Oder aus meinem Haus verjagt. Nein, ich helfe keinem, das Gesindel verdient es nicht."

Mayer, der noch immer eigene Wege wandelte, fuhr jetzt nach Rostow und kaufte angeblich für sein ganzes Geld Brotgetreide.

Martin bekam, als er bereits das drittemal in Prokrovsk war, auf sein Drängen endlich eine bestimmte Antwort.

„Moskau wird helfen" erklärte Eppstein.

„Sofort?"

„Rechtzeitig!"

Am nächsten Tag berief Martin im Dorfe eine Volksversammlung ein. Die Armen kamen wohl, um ihn anzuhören, denn wenn vielleicht doch . . . Trotzdem hätte Martin was immer auch sagen können, niemand glaubte, daß von den Bolschewiki etwas Gutes zu erwarten sei.

„Auch die sind Russen, und wer hat schon je gesehen, daß die Russen den deutschen Bauern geholfen hätten" sprach der eine zu der wartenden Menge.

„Man sagt, dieses Land gehöre den Deutschen. Den Hunden gehört es, nicht den Deutschen. Man hat uns auch die berühmte Selbständigkeit nur deshalb aufgezwungen, damit man uns sagen könne: das Land gehört Euch, alles im Land gehört Euch, und jetzt erhaltet Euch auch selbst, von uns könnt Ihr nichts mehr erwarten!"

Dies war die Ansicht von Kuttners Schwager, Müller; der derart die auf die Versammlung Wartenden eine gute Stunde bearbeitete.

„Die Regierung der Arbeiter und Bauern wird das Volk vor dem Hunger retten" begann Martin.

„Das kennen wir schon! Kennen wir schon!" warf einer spöttisch ein.

„Vor drei Jahren wurde uns dasselbe gesagt!"

„Damals lebte noch Lenin und man konnte uns trotzdem nicht helfen. Was können wir jetzt erwarten, da Lenin tot ist?!"

„Die Sowjetregierung will helfen und wird helfen" erklärte Martin. „Heute kann die Sowjetregierung bereits helfen, und wenn wir nicht den Kopf verlieren . . ."

Martin erklärte kurz und klar, was das Volk von der Regierung erwarten könne, und was die Regierung vom Volke erwarte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251013-12/fragment/page=0007

Der Kommunistische Genossenschafter

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD. / Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten GmbH., Berlin SW 61, Planufer 17

Drei Delegationen bei den russischen Genossenschaften.

Während die deutsche Genossenschaftsinstanzenklique in der Internationalen Genossenschafts-Allianz ihre Treibereien zum Ausschluß der russischen Genossenschaften fortsetzt, wächst in den Arbeitermassen aller Länder immer mehr die Sympathie zu Sowjetrußland.

Die verschiedenen Delegationen westeuropäischer Arbeiter haben sich in Sowjetrußland auch persönlich über die wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen der Genossenschaften informiert.

Schon die vorjährige Delegation der englischen Gewerkschaften veröffentlichte in ihrem Bericht auch interessantes Material über die Lage der Genossenschaften in Sowjetrußland.

Die deutsche Arbeiterdelegation besichtigte in Sowjetrußland auch die Konsumvereine und ihre Betriebe. Am 18. August wurde die Delegation vor dem versammelten Vorstand des „Zentrosojus" in Moskau empfangen und durch den Präsidenten, Genossen Chintschuk, begrüßt. Genosse Chintschuk zeigte, wie gerade die deutschen Genossenschaftsinstanzen mit allen Mitteln der Verleumdung einen Keil zwischen die Genossenschaften Sowjetrußlands und Westeuropas zu treiben versuchen und machte interessante Mitteilungen über die außerordentlich günstige Entwicklung der russischen Genossenschaften. 1913 bestanden in Rußland 10 080 Konsumvereine mit 1,4 Millionen Mitgliedern; gegenwärtig 25 000 Konsumvereine mit 8,7 Millionen Mitgliedern. Der Umsatz betrug 1913 nur 250 Millionen und 1923/24 2 Milliarden.

Die Rede Chintschuks wurde mit lebhaftem Interesse und großem Beifall aufgenommen. Es sprach dann ein Vertreter der Arbeiter und Angestellten sowie die Vertreterin der Frauen vom „Zentrosojus". Von der deutschen Delegation wurden eine Reihe von Fragen gestellt. Der Sozialdemokrat Bennewitz rühmte besonders die von ihm gesehenen Errungenschaften auf dem Gebiete des Mutter- und Säuglingsschutzes. „Das Wichtigste scheint mir", sagte er, „der Umstand zu sein, daß sich die russischen Arbeiter überall in Sowjetrußland als die Herren in ihrem eigenen Hause fühlen und auch als solche handeln, während die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern nur als geduldete Mieter in ihrem Hause leben."

Der Sozialdemokrat Möller erklärte auf die Rede des Genossen Chintschuk: „der von Euch vertretene Gedanke einer Zusammenarbeit der Genossenschaften und Gewerkschaften entspricht durchaus den Interessen der Arbeiterklasse. Nach unserer Rückkehr werden wir dem deutschen Proletariat alles, was wir hier gesehen und gehört haben, berichten und werden immer für die Zusammenarbeit der Gewerkschaften und Genossenschaften eintreten, auch gegen den Willen unserer Genossenschaftsbürokratie."

Auch das englische Komitee der Internationalen Arbeiter-Hilfe, unter dessen Delegierten die Sekretärin der Internationalen genossenschaftlichen Frauen-Gilde, Enfield (London), sich befand, besuchte die russischen Genossenschaften. Schon nach dem Besuch in Leningrad veröffentlichte ein Delegationsmitglied in der Leningrader Genossenschaftspresse einen Artikel, in dem gesagt wird:

„Der Unterschied zwischen den Konsumvereinen Rußlands und denen Englands fällt auf jeden Schritt auf. In Rußland sieht man deutlich, daß die Konsumgenossenschaften ein aktiver Teil der Arbeiterherrschaft sind und daß die Genossenschaftsbewegung für den Bedarf der Arbeiterschaft arbeitet. In Euren Einrichtungen für die Kinderfürsorge habt Ihr Russen etwas Mustergültiges geschaffen, das wir englischen Arbeiter unbedingt nachmachen müssen."

In Moskau wurde auch diese Delegation von dem Zentrosojus empfangen und Genosse Chintschuk hielt die Begrüßungsrede. In besonders warmen Worten begrüßte eine Vertreterin der genossenschaftlich organisierten Frauen die englischen Gäste und überreichte Frau Enfield ein rotes Fahnentuch mit dem Porträt Lenins sowie einige Erzeugnisse der weiblichen Heimindustrie als Geschenk an die englischen Arbeiterinnen und Genossenschafterinnen.

In der Erwiderung erklärte Frau Enfield, daß sie nach ihrer Rückkehr darauf bestehen werde, daß eine spezielle Kommission englischer Genossenschafter und Genossenschafterinnen entsandt werden, um sich über die Tätigkeit der Sowjetgenossenschaften eingehend zu informieren.

Vor ihrer Abreise erklärte die IAH.-Delegation in einem Interview mit dem Korrespondenten des „Daily Herald":

„Als Mitglieder der englischen Genossenschaftsbewegung waren wir von der Tätigkeit des Zentrosojus und der primären Genossenschaftsorganisationen überaus befriedigt. Wir sind uns dessen bewußt, daß es im Interesse der englischen Genossenschaftsbewegung gelegen ist, die Errungenschaften der Genossenschaften Sowjetrußlands auch für uns zunutze zu machen."

Die Delegation erklärte weiter, daß in Sowjetrußland sowohl die Regierungsorgane als die Gewerkschaften und Genossenschaften in enger Zusammenarbeit alles tun, um die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern.

Auch die nach Rußland gereiste Delegation deutscher, französischer und belgischer Lehrer besuchte die russischen Genossenschaften. Der belgische Lehrer Vanderhevel erklärte nach der Begrüßungsrede des Genossen Chintschuk, daß in Gent (dem letzten Genossenschafts-Weltkongreß 1924) der Beweis erbracht worden sei, daß die Sowjetgenossenschaften viel mehr für die Interessen der Konsumenten leisten, als die belgischen „sozialistischen Genossenschaften".

Die Erklärungen der Arbeiterdelegationen über die russischen Genossenschaften strafen die Hetz- und Verleumdungskampagne der deutschen sozialdemokratischen Genossenschaftsbürokratie Lügen. Wie weit sind diese Anerkennungen der Leistungen der russischen Genossenschaften entfernt von dem hysterischen Geschrei über die Zerstörung der Genossenschaften durch die Bolschewiki und über die Vergewaltigung der Mitglieder. Schon im Frühjahr 1922 hat eine offizielle Delegation der Internationalen Genossenschafts-Allianz in London eine Studienreise nach Rußland gemacht und begeisterte Berichte über die russischen Genossenschaften veröffentlicht. Schon damals haben sich die deutschen Zentralinstanzen geweigert, an der Delegation nach Sowjetrußland teilzunehmen, weil Heinrich Kaufmann nicht „Gast" der Sowjets und des „Zentrosojus" sein wollte.

Die deutschen klassenbewußten Genossenschafter müssen dafür sorgen, daß das Lügennetz über die russischen Genossenschaften zerstört wird, indem sie auch vom „Zentralverein deutscher Konsumvereine" die Entsendung einer Delegation zu den russischen Genossenschaften verlangen. An Stelle der Hetz- und Lügenberichte über die russischen Genossenschaften und die Kampagne ihres Ausschlusses aus der Genossenschafts-Allianz muß ein inniges wirtschaftliches und politisches Bündnis mit den Sowjetgenossenschaften hergestellt werden.

Kommunistische Mehrheit im Konsumverein Poeßneck.

In der am 13. September stattgefundenen Generalversammlung des Konsumvereins Poeßneck wurde die Aufsichtsratsliste der Kommunisten gewählt. Dadurch gewann die KPD. im Aufsichtsrat 5 Sitze, während die SPD. nur vier inne hat.

Erfolg in Pausa.

In der Generalversammlung des Konsumvereins Pausa in Sachsen wurde als Vorstandsmitglied ein Kommunist gewählt, ebenso die Aufsichtsratsliste der Kommunisten.

Jeder klassenbewußte Genossenschafter bestellt sofort beim Allgemeinen Genossenschafts-Verlag, Berlin C. 54, Linienstraße 87, das soeben erschienene Heft 14 der „Genossenschaft im Klassenkampf", das wichtiges Material zur Abwehr der Spaltungsbestrebungen der deutschen Genossenschaftsbürokratie enthält.

Preis 20 Pf., bei Mehrbezug 30 Prozent Rabatt.

Die deutsche sozialdemokratische Genossenschaftsbürokratie setzt ihre Treibereien in der Internationalen Genossenschafts-Allianz auf

Ausschluß der russischen Genossenschaften

fort. Wieder steht auf der Zentralvorstandssitzung der IGA. am 5. Oktober in Paris die Frage der

„kommunistischen Propaganda"

auf der Tagesordnung.

Nur wenn die Arbeiterklasse in allen Ländern den russischen Genossenschaften hilfreich zur Seite steht, kann ihr Ausschluß verhindert werden und die Einheit der Genossenschafts-Internationale aufrecht erhalten bleiben.

Klassenbewußte Arbeiter und Genossenschafter! Nehmt in allen Genossenschaftsversammlungen, den Versammlungen der Betriebe, Gewerkschaften und sonstigen Arbeiterorganisationen Stellung zu den neuen Vorstößen der Hamburger Genossenschaftsbürokratie. Beschließt Protestresolutionen. Kämpft gegen die Zerstörung der Genossenschaftsinternationale!

Die Forderungen der Genossenschaften beim Reichsrahmentarif.

Im Kampf der Transportarbeiter und der Nahrungs- und Genußmittelbranche gegen die Genossenschaftsinstanzen wegen des Reichsrahmentarifs ist noch immer keine Entscheidung gefällt. Schon in der letzten Nummer haben wir in unserem Artikel „Der Kampf um den Genossenschafts-Reichsrahmentarif" gezeigt, wie die Genossenschaftsbürokratie die jetzige Gelegenheit ausnützt, um überhaupt keinen Reichsrahmentarif mehr abzuschließen und die örtlichen Konsumvereine angewiesen hat, bei den örtlichen Tarifen nur die gleichartigen Bedingungen wie in denselben kapitalistischen Unternehmungen gelten zu lassen.

Der Verkehrsbund und der Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverband hat jetzt ein Flugblatt herausgegeben, das die „Wahrheit über den Tarifkampf mit den Konsumvereinen" enthalten soll. Auch darin werden die Scharfmacherforderungen der Hamburger Genossenschaftsbürokraten gebrandmarkt und gezeigt, in welcher Weise die Genossenschaftsbürokratie die letzten kärglichen Vergünstigungen der Genossenschaftsarbeiter gegenüber den Arbeitern in den kapitalistischen Betrieben beseitigen will. Der Tarifentwurf der Genossenschaften verlangt unter anderem:

1. Die wöchentliche Arbeitszeit soll von 45 auf 48 Stunden verlängert werden. Die Genossenschaftsbürokratie erklärt, daß es sich dabei nicht um den „Abbau" des Achtstundentages, sondern eigentlich um die „Wiederherstellung" des Achtstundentages handele. Als ob die reaktionären Scharfmacher, als sie zur Beseitigung des Achtstundentages übergingen, nicht auch die Vergünstigungen der Arbeiter in einzelnen Industrien, die weniger als acht Stunden arbeiteten, zuerst beseitigten. Nun können sich die Unternehmer bei der vollkommenen Beseitigung des Achtstundentages auch auf die Arbeiterkonsumvereine berufen und die Genossenschaftsbürokraten können, da sie ja „auch nur die gleichen Lasten wie die kapitalistischen Betriebe tragen können", bald den weiteren Vorstoß zur Beseitigung des Achtstundentages in den Arbeiterkonsumvereinen unternehmen.

2. Die Ferien sollen um eine Woche gekürzt und die Lohnweiterzahlung bei Krankheit nach 10jähriger Beschäftigungsdauer von 13 auf 6 Wochen herabgesetzt werden.

3. Wenn in der Privatindustrie noch schlechtere Arbeitsbedingungen bestehen, dann sollen auch die lokalen Genossenschaften berechtigt sein, dieselben in Anspruch zu nehmen, d. h. praktisch, daß der Reichsrahmentarif überhaupt zur Force wird, weil dann jede Genossenschaft, wenn es ihr gelingt, den Arbeitern schlechtere Bedingungen aufzuzwingen, die Möglichkeit zur Beseitigung der Bestimmungen des Reichsrahmentarifs hat.

4. Deshalb weigert sich die Genossenschaftsbürokratie auch, den Reichstarif für alle angeschlossenen Genossenschaften für bindend zu erklären, weil dem Zentralverband angeblich eine derartige Befugnis nicht zustehe. Wenn die eingetragenen Genossenschaften auch selbständige Organisationen sind, so schließt das nicht aus, daß sich der Zentralverband eine solch notwendige Vollmacht von den Konsumvereinen geben lassen kann. In übrigen Fragen, die in den reaktionären Kurs der Instanzenklique passen, maßt sich der Zentralvorstand durchaus weitgehende Befugnisse an und hat sich ja nicht gescheut, von einzelnen Genossenschaften den Ausschluß von Mitgliedern zu verlangen und sich dabei den Teufel um die „Selbständigkeit" der einzelnen Genossenschaften zu scheren, oder darum, daß diese Handlungen in Konflikt mit dem reaktionären Genossenschaftsgesetz kommen.

5. Die Genossenschaftsbürokraten weigern sich, die seit 18 Jahren bestehenden Tarifbestimmungen, daß in den Konsumvereinen nur Mitglieder der vertragschließenden Gewerkschaften beschäftigt werden dürfen, aufrechtzuerhalten. Dabei verschanzen sie sich, genau wie das Unternehmertum, hinter die Verfassung des Reiches und das Betriebsrätegesetz, die eine solche Bestimmung in dem Tarif unmöglich machen sollen. Das ist bisher noch immer die Methode aller Reaktionäre gewesen, sich hinter „Gesetzesparagraphen" zu verschanzen, um ihre Arbeiterfeindlichkeit und klassenverräterische Rolle zu entschuldigen.

Die Gewerkschaften teilen mit, daß schon fast ein Kompromiß beim Abschluß des Tarifes zustande kam, indem die Genossenschaften ihre Forderungen auf Verlängerung der Arbeitszeit und Kürzung der Ferien zurücknahmen und die Gewerkschaften bei der Lohnbezahlung in Krankheitsfällen Konzessionen gemacht haben. Gescheitert ist der Tarifabschluß daran, daß sich die Genossenschaften weigerten, die Bestimmung, wonach nur Mitglieder der vertragschließenden Gewerkschaft beschäftigt sein dürfen, in den Tarif aufzunehmen. In ihrem Flugblatt sagen die Gewerkschaften dazu:

„Wo soll das hinführen, wenn selbst in den Betrieben, die von der organisierten Arbeiterschaft geräumt und erhalten werden, der Grundsatz maßgebend sein soll, daß auch hier unsere Gegner beschäftigt werden können. Soll dieser neue Geist der von der Führung der Genossenschaftsbewegung zu verwirklichen bestrebt wird, etwa das Vertrauen der Genossenschafter zur Genossenschaftsbewegung stärken und fördern? Die Träger der Genossenschaftsbewegung sind die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter."

Die Gewerkschaften verlangen, daß die Leitungen der Konsumvereine gezwungen werden sollen, unverzüglich mit den Gewerkschaften die Tarifverhandlungen aufzunehmen und die „grundsätzlichen" Forderungen der Gewerkschaften anzuerkennen.

Die Gewerkschaftsbürokraten, die einiges Geschrei über die reaktionären Scharfmachereien der Genossenschaftsbürokratie veranstalten, haben schon wesentliche Forderungen der Genossenschaftsarbeiter preisgegeben und sind auf dem festen Wege zu einem Kompromiß mit der Genossenschaftsbürokratie zu gelangen. Wie es aussehen wird, darüber wird sich kein klassenbewußter Genossenschafter im Unklaren sein. Die Gewerkschaftsbürokratie muß deshalb gezwungen werden, dem Kampf nicht auszuweichen, sondern ihn konsequent und mit den schärfsten Mitteln zu Ende zu führen. In den Konsumvereinen muß die Arbeiterschaft die reaktionären Forderungen der Genossenschaftsbürokratie brandmarken, ihr die Maske vom Gesicht reißen und verlangen, daß erneut die Verhandlungen zum Abschluß eines Reichsrahmentarifs aufgenommen werden.

Fordert die Entsendung einer

Genossenschafts-Delegation nach Sowjetrußland!

Verantwortlicher Redakteur: Edwin Hoernle, M. d. R., Berlin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019251013-12/fragment/page=0008